PETERSBURGER
DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

SEPTEMBER 2017

ISSN: 2566-8668

WANDMALEREI
Der Krieg hat in Berlin Baulücken gerissen und hässliche Mauern hinterlassen. Streetart-Künstler haben sie verschönert.

Seite 14

DOPING
Ist Russland der großangelegten Dopingverstöße schuldig? Dem Land droht der Ausschluss von den Olympischen Spielen in Pjöngjang. Viel hängt vom Präsidenten des IOC ab, Thomas Bach.

Seite 11

Putins Impuls

Plötzlich kommt doch Bewegung in die festgefahrenen Beziehungen Russlands zum Westen und damit auch in das deutsch-russische Verhältnis. Und wieder einmal hat Präsident Wladimir Putin überraschend die Initiative ergriffen. Sein Vorschlag einer UN-Friedenstruppe zum Schutz der OSZE-Beobachter im Donbass, der zunächst als vergiftetes Angebot wahrgenommen wurde, hat eine erstaunliche Konkretisierung erfahren.

Selbst in der notorisch misstrauischen Kiewer Regierung spricht man jetzt von einem „Fenster“, das sich öffnet und von Ideen, die in die richtige Richtung weisen. Das sind – bei aller gebotenen Vorsicht – neue Töne in einem Konflikt, der noch vor kurzem als nahezu unlösbar erschien, sich aber auch nicht einfrieren oder wegschieben ließ. Denn mehr noch als die Krim ist der Donbass zum Testfall geworden für die expansive Politik Russlands und sein Verhältnis zum Westen

Johann Michael Möller, Herausgeber

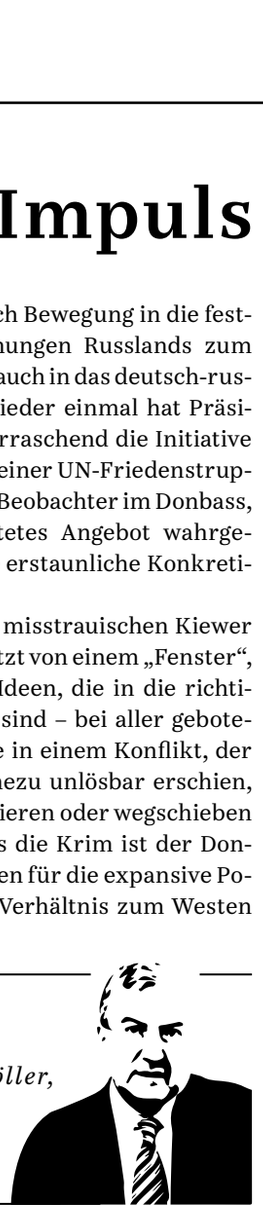
wie zur westlichen Wertegemeinschaft. In der Ost-Ukraine stand vieles auf dem Spiel, nicht zuletzt die Wirkung der europäischen Sanktionspolitik.

Die scheint allen Befürchtungen zum Trotz doch größer gewesen zu sein als erwartet. Zumindest hat sie nach Einschätzung mancher Fachleute dazu beigetragen, eine weitere Eskalation im Donbass zu verhindern. Der Preis für Moskau wäre doch zu groß geworden.

Damit haben sich all jene geirrt, die in den letzten Monaten immer wieder über die einseitige Aufhebung der Embargobeschlüsse nachgedacht haben, oder gleich die gesamte liberale westliche Friedensordnung zur Disposition stellen wollten, wie Vertreter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Es wäre einem Blankoscheck für jede künftige Hegemonialpolitik gleichgekommen.

Dass Präsident Putin seinen Vorschlag einer UN-Friedenstruppe nach einem Telefonat mit Angela Merkel und nicht nach Gesprächen mit dem deutschen Außenminister gemacht hat, zeigt seinen wachen Sinn für reale Machtverhältnisse. Er rechnet auch weiterhin mit der deutschen Kanzlerin und nimmt sie gewissermaßen in die Pflicht.

Wenn endlich Tauwetter im festgefrorenen deutsch-russischen Verhältnis einsetzen soll, dann wird das ganz entscheidend von dieser Machtkonstellation abhängen. Merkel hält den Schlüssel zu einer neuen Ostpolitik in der Hand. Sie muss das Schloss nur öffnen.



PICTURE ALLIANCE/CANDY WELZ/DPA

Streiten verbindet

Wer und was ist schuld an der deutsch-russischen Beziehungskrise? Irina Scherbakowa (Foto) und Sergej Netschajew geben Antworten

Seiten 4 und 5

Im Osten nichts Neues

Werden Russland und der Westen von der Geschichte eingeholt?

VON GREGOR SCHÖLLGEN

Das Verhältnis Russlands beziehungsweise der Sowjetunion zum Westen war nie einfach. Dafür gab und gibt es eine Reihe von Gründen, darunter einen, den man in Europa und Amerika in der Regel nicht zur Kenntnis nimmt: Russland hat sich in der neueren Geschichte – nicht trotz, sondern wegen seiner Größe – fast immer in der Defensive gesehen. Jeder territoriale Verlust des eurasischen Riesenreichs erhöhte die Verwundbarkeit.

So gesehen passierte 1991 der Supergau. Der Zerfall der Sowjetunion wog umso schwerer, als er von einem Vordringen des vormaligen weltpolitischen Gegners in jene Räume flankiert wurde, die Russland hatte aufgeben müssen. Dass die Völker und Nationen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas von ihrem unantastbaren Recht auf nationale Selbstbestimmung Gebrauch machten, als sie in die westlichen Gemeinschaften, auch in die NATO drängten, zählte aus dieser Perspektive nicht.

Womöglich hätte man sich im Kreml leichter mit der neuen Lage arrangiert, wäre es dabei geblieben. Als dann aber namentlich die USA auch Georgien und die Ukraine in die NATO aufnehmen wollten, war eine rote Linie überschritten. Und das nicht nur für Russlands Präsident Wladimir Putin, sondern zum Beispiel auch für Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel, also die seit Ende des Kalten Krieges amtierenden Bundeskanzler.

Putin freilich beließ es nicht beim Widerspruch, sondern schritt zur Tat. Die militärische Intervention in Georgien, mit der Moskau im August 2008 auf eine Provokation durch Tiflis reagierte, war das Ergebnis einer von beiden Seiten betriebenen Eskalation. Vor allem aber sollte sie – wie dann auch die Intervention in der Ukraine – verhindern, dass diese für die russische Sicherheit eminent bedeutenden Staaten ganz oder teilweise, direkt oder indirekt unter westliche Kontrolle gerieten.

Dass die NATO mit der Osterweiterung bis an Russlands Westgrenze vorrückte und ihre Truppen 200 Kilometer vor St. Petersburg standen, war aus Sicht des Kreml bedenklich; die Vorstellung, dass der zuletzt bis 2042 gepachtete Schwarzmeerhafen Sewastopol über kurz oder lang nicht mehr unter russischer Kontrolle stehen könnte, war nicht hinnehmbar. Um diesen Kontrollverlust zu verhindern, war Putin jedes Mittel recht – vom Einsatz des Militärs, über den Bruch des Völkerrechts bis hin zur Annexion der Krim.

Man muss diese Sicht der Dinge kennen. Das macht aus Unrecht kein Recht, aber es hilft bei der Formulierung einer politischen Strategie gegenüber einer unverhohlen offensiven, erklärtermaßen revisionistisch orientierten russischen Politik. Nichts an ihr ist überraschend, denn Wladimir Putin agiert nach dem Kalten Krieg so, wie seine sowjetischen Vorgänger das nach den beiden Weltkriegen getan haben: Der Präsident will um jeden Preis verhindern, dass ein durch vielfältige innere Konflikte und Defizite sowie durch enorme äußere Verluste erheblich geschwächtes Land nicht noch angreifbarer wird, als es das in der Wahrnehmung vieler Russen ohnehin schon ist. So gesehen lag US-Präsident Barack Obama richtig, als er Russland Ende März 2014 provozierend polemisch als „Regionalmacht“ bezeichnete, deren offensive Strategie gerade nicht auf ihre Stärke, sondern auf ihre „Schwäche“ verweise.

Einen entscheidenden Beitrag zu dieser Schwächung hatten die USA schon im Dezember 2001 geleistet, als Obamas Vorgänger George W. Bush den 1972 geschlossenen amerikanisch-sowjetischen Raketenabwehrvertrag ABM einseitig kündigte und damit die nukleare Logik des Kalten Krieges außer Kraft setzte. Es mag ja sein, dass diese Maßnahme und die folgende Stationierung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems unter anderem in vormaligen Warschauer-Pakt-Staaten

FORTSETZUNG AUF SEITE 7

Zehn Gründe für Optimismus

Es besteht Anlass zur Hoffnung auf bessere Wirtschaftsbeziehungen

VON WLADISLAW BELOW

Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen und somit auch unabhängig von der Zusammensetzung der künftigen Regierung sowie des Inhalts eines neuen Koalitionsvertrags wird der Faktor Ukraine bei der deutsch-russischen Zusammenarbeit maßgebend bleiben. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die wichtigsten Eckdaten der gegenseitigen Sanktionen zwischen der EU und der Russischen Föderation bestehen bleiben.

Darüber hinaus ist in diesem Bereich eine wachsende Ungewissheit zu erwarten, begründet durch die unangemessene Position der USA, die vor kurzem zusätzliche Sanktionen erlassen haben und somit die europäisch-russische Zusammenarbeit im Energiebereich gefährden. Dennoch bin ich der Ansicht, dass für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unserer Länder mittelfristig ein optimistisches Szenarium realistischer ist.

1 Die russische Wirtschaft überwindet allmählich die Krise, Hauptgrund für die einschneidende Verringerung des gegenseitigen Warenverkehrs. Laut deutscher Statistik lag der Rückgang in den Jahren 2012 bis 2016 bei 40,4 Prozent (laut russischer Statistik waren es 36,6). Mehrere hundert deutsche Firmen haben sich vom russischen Markt zurückgezogen (dies betraf hauptsächlich die Schließung von Vertretungen). Nach Prognosen des IWF könnten sich die Zunahme des Bruttoinlandprodukts Russlands in den Jahren 2017 und 2018 auf 1,4 Prozent pro Jahr (im Jahre 2016 war es ein Rückgang um 0,2 Prozent) und die Inflation auf 4,5 bzw. 4,2 Prozent belaufen (2016 waren es 5,6 Prozent). Die Erwartungen des russischen Wirtschaftsministeriums sind etwas optimistischer. Wichtig ist, dass die Nachfrage nach Investitionsgütern steigt. Bereits im ersten Halbjahr 2017 hat der deutsche Warenexport nach Russland bedeutend zugenommen. Allem Anschein nach wird diese Tendenz anhalten.

2 Der Präsident und die Regierung der Russischen Föderation halten an dem Bestreben fest, systemumfassende Reformen fortzuführen und wichtige Hindernisse abzubauen, die einem erfolgreichen unternehmerischen Engagement im Wege stehen. Dazu gehören auch Hindernisse, auf die immer wieder von deutschen Unternehmen, vor allem von kleinen und mittleren, hingewiesen wird – Bürokratie, Korruption, Zulassungsverfahren, Zoll, Monopolbildung etc. In den nächsten Jahren können in dieser Richtung Verbesserungen erwartet werden.

3 Der russische Staat setzt sich eingehend mit den Vorschlägen aus der deutschen Geschäftswelt auseinander, die über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer geäußert werden. Dies betrifft in erster Linie die Bereiche der Importsubstitution und der Lokalisierung, darunter auch im Rahmen von speziellen Investitionsverträgen. Im Herbst 2016 haben die erwähnten Institutionen ein Positionspapier zur aktuellen Industriepolitik in der Russischen Föderation veröffentlicht, in dem auch Möglichkeiten für bessere Arbeitsbedingungen deutscher Investoren in Russland angesprochen wurden. Die leitenden Beamten des Ministeriums für Industrie und Handel und des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation stehen im Dialog mit deutschen Lobbyisten. In den vergangenen Monaten konnte dieser Dialog vertieft werden.

4 Der Wettstreit zwischen den Regionen der Russischen Föderation, die sich immer mehr als effiziente wirtschaftspolitische Räume für eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in Position bringen, nimmt ständig zu. Im Vergleich zum Föderalen Zentrum bestehen auf regionaler Ebene teilweise andere Möglichkeiten, mehr Flexibilität gegenüber deutschen Partnern zu zeigen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

#01

UKRAINE
Das Blutvergießen in der Ukraine war sinnlos. So weit sind sich Fjodor Lukjanow und Marieluise Beck einig. Ihre Analysen der Ursachen aber unterscheiden sich.

Seite 6

VOLLES ROHR
Die neuen US-Sanktionen zielen gegen den Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2. Das könnte die Chancen für die Umsetzung des Projekts erhöhen, meint Juri Barssukow.

Seite 9

DAWAI, DAWAI, RABOTAI
Russen erregten auch in der DDR Missfallen, erklärt Leonid Mletschin. Nach Protesten gegen die Demontage von Industrieanlagen und erhöhte Arbeitsnormen verzichtete die Sowjetunion nach 1953 auf weitere Reparationszahlungen.

Seite 12

Alte Freunde: Schröder und Putin 2005

SCHRÖDER: „MOSKAUS LOBBYIST“?

Der mögliche Einstieg des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder bei Rosneft belastet den Wahlkampf der SPD. Die russische Regierung hatte ihn als Mitglied oder gar Vorsitzenden des Verwaltungsrats des halbstaatlichen Ölkonzerns vorgeschlagen. Dass Schröder das Ansinnen nicht ablehnte, sorgte für heftige Kritik. „Er erniedrigt sich endgültig zu einem bezahlten Diener der Politik Putins“, sagte der Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer in einem Zeitungsinterview. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer sagte, Schröder mache sich „zum russischen Söldner“. Auch Angela Merkel sagte, sie fände die Pläne „nicht in Ordnung“. Rosneft sei ein „gelistetes Unternehmen“. Tatsächlich steht das Unternehmen auf den Sanktionslisten der EU und der USA, Rosnefts Vorstandsvorsitzendem Igor Setschin ist die Einreise in die USA verboten. Mit Schröder gewönne Rosneft einen Fürsprecher für deren Pläne, in Deutschland mit der Verarbeitung von Rohöl und dem Handel von Mineralölprodukten zu expandieren. Deshalb argumentierte der Grünen-Vorsitzende und Spitzenkandidat Cem Özdemir: „Die SPD muss sich entscheiden: Steht sie für verantwortungsvolle Außenpolitik in Europa oder für Putin-Lobbyismus?“ Auch der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, ging auf Distanz: „Das ist Gerhard Schröders Privatsache und hat mit der Politik der SPD nichts zu tun“, ließ er wissen. Schröder sei „erfahren genug zu wissen, welche Angebote er annimmt. Ich würde das nicht tun.“
Schröder selbst entgegnete, er werde sich trotz aller Kritik am 29. September als Aufsichtsrat zur Wahl stellen, und warf einzelnen Medien Wahlkampfhilfe für die Kanzlerin vor: „Hier soll offenbar Frau Merkel geholfen werden.“
Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* nannte das „rekordverdächtige Selbstgefälligkeit“.
Schröder aber beharrte. Auf einer Wahlveranstaltung in Niedersachsen sagte er: „Ich stehe dazu.“ Er glaube, dass es nicht vernünftig sei, „unseren größten Nachbarn Russland ökonomisch und politisch zu isolieren“. Er fügte hinzu: „Die Dämonisierung Russlands hilft keinem.“
Schon Schröders Eintritt als Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Gaspipeline-Gesellschaft North Stream kurz nach Ende seiner Amtszeit 2005 war kritisiert worden. Wenige Monate zuvor hatte er als Kanzler Vereinbarungen für das Projekt unterschrieben, die auch die Kooperation zwischen Gazprom und der BASF-Tochter Wintershall regelten. Mittlerweile ist er auch Präsident des Verwaltungsrats von North Stream II. PHK

Russisch und rechts

Stimmt es, dass sehr viele Spätaussiedler die Alternative für Deutschland wählen?

VON HANNAH BEITZER

Lisa – wir sind mit Dir!“ steht auf einem Schild, „Heute mein Kind, morgen Dein Kind“ auf einem anderen. Im Januar 2016 protestieren in deutschen Städten einige Tausend Menschen gegen die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel. Das Besondere: Viele dieser Menschen gehören einer Gruppe an, die bisher politisch kaum in Erscheinung getreten ist. Sie sind Russlanddeutsche.

Der Auslöser der Proteste ist eine traurige Geschichte. Ein 13-jähriges russlanddeutsches Mädchen aus dem Berliner Stadtteil Marzahn, dem die Medien den Namen „Lisa“ gaben, verschwindet nach der Schule spurlos. Als es wieder auftaucht, erzählt es, dass drei arabische Männer – Flüchtlinge – sie in ein Auto gezerrt und stundenlang vergewaltigt hätten. Wenige Tage später stellt sich heraus, dass „Lisa“ die Geschichte nur erfunden hat. Sie hatte sich wegen schlechter Schulnoten bei einem Freund vor den strengen Eltern versteckt.

Doch da ist der Fall längst ein Politikum. Russische Medien hatten dem deutschen Staat Vertuschung vorgeworfen, sogar der russische Außenminister schaltete sich ein. Und es kam eben zu den Protesten von Russlanddeutschen, die vor allem Politiker einer Partei freuten: der Alternative für Deutschland (AfD). Sie hatte sich die ganze Flüchtlingskrise über als große Gegnerin der Bundeskanzlerin präsentiert.

Die anderen Parteien fürchten seitdem, dass die Russlanddeutschen sich von rechten Parteien und der Propaganda des russischen Staats instrumentalisieren lassen, dass sie eine Art Parallelgesellschaft bilden, deren politische Einstellung von staatstreuen russischen Medien geprägt ist. In Deutschland leben insgesamt 4,5 Millionen Spätaussiedler, darunter etwa zwei Millionen Russlanddeutsche. Die AfD spricht sie gezielt an, zum Beispiel über das Netzwerk „Russlanddeutsche und Aussiedler in der AfD“.

Dmitri Geidel kennt die Geschichte von Lisa, er kennt auch die Sorgen der Parteien um die Russlanddeutschen. Der SPD-Politiker ist im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf aufgewachsen und kandidiert dort für den Bundestag. Geidel wurde 1989 als Sohn einer russischen Mutter und eines deutschen Vaters im damaligen Leningrad geboren, wenig später zog die Familie nach Berlin.

Übt die AfD auf Russlanddeutsche eine besondere Anziehungskraft aus? „Es gibt ein sehr dominantes Vorurteil über den älteren Russlanddeutschen, der gegen Flüchtlinge und Schwule ist, nur russisches Fernsehen guckt und der deswegen AfD wählt“, sagt Geidel. „Doch so ist nur ein kleiner Teil der Russlanddeutschen.“

Auch Jannis Panagiotidis, der an der Universität Osnabrück zur Migration der Russlanddeutschen forscht, warnt davor, die Russlanddeutschen pauschal zu AfD-Wählern zu erklären. „Es gibt dazu bisher keine belastbaren Zahlen.“ Die Gruppe der Russlanddeutschen sei extrem heterogen. „Wir haben hier die gesamte Bandbreite an politischen Einstellungen, die es auch bei Einheimischen gibt.“

Was es aber gibt: Erkenntnisse aus den Landtagswahlen der vergangenen Jahre. Dort hat die AfD teilweise in Stadtteilen, in denen besonders viele Russlanddeutsche leben, zweistellige Ergebnisse erreicht. Etwa in Marzahn, wo die Geschichte von „Lisa“ ihren Ausgang nahm. „Ob das aber wirklich an den Russlanddeutschen liegt, wissen wir nicht“, sagt Panagiotidis.

Marzahn zum Beispiel ist ein sozial schwacher Stadtteil, der noch dazu im Osten Deutschlands liegt. Wähler in wirtschaftlich abgehängten Gegenden der ehemaligen DDR neigen auch dort der AfD zu, wo es keine Russlanddeutschen gibt.

Also gibt es für die anderen Parteien gar kein Problem mit den Russlanddeutschen? Das nun auch wieder nicht. „Es stimmt, dass die Russlanddeutschen für die deutsche Politik sehr schwer zu erreichen sind“, sagt SPD-Politiker Geidel. Sie engagierten sich kaum in Parteien und seien überproportional häufig Nichtwähler. Hier sieht auch die AfD ihr größtes Potenzial, denn sie spricht Nichtwähler besonders an.

Dass die Russlanddeutschen ihre Interessen bisher nicht offen vertraten, habe bei der älteren Generation auch noch etwas mit der Sozialisierung in der Sowjetunion zu tun: „Damals hat man sich in Politik nicht eingemischt.“ Geidel denkt auch, dass viele Russlanddeutsche nach ihrer Ankunft in Deutschland nicht auffallen wollten.

Das gelang ihnen gut. Bis zum Fall Lisa galten die Russlanddeutschen als mustergültig integriert. Das zeigte etwa ein Forschungsbericht des Bundesamts für Migration aus dem Jahr 2013, der sich mit deutschen Spätaussiedlern beschäftigte. Ihre schulische und berufliche Qualifikation sei relativ hoch, die Arbeitslosenquote gering. Sie konsumierten russischsprachige Medien ebenso wie deutsche. Im Vergleich zu anderen Migrantengruppen seien sie zufriedener mit ihrem Leben in Deutschland.

Das änderte sich mit der Annexion der Krim. „Die Krim-Krise war ein Thema, das niemand ignorieren konnte. Da trafen Weltsichten aufeinander, die nicht miteinander vereinbar waren“, sagt Dmitri Geidel. Nämlich: ein großrussischer Territorialanspruch, der seine Wurzeln in der Sowjetunion habe. Und der Wille der EU, die nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums entstandenen Nationalstaaten an Europa zu binden.

Viele Russlanddeutsche brachte das in einen Konflikt. Das, was sie in den russischen Medien hörten, unterschied sich sehr von dem, was die deutschen Medien berichteten. „Aber die Krim hat doch schon immer zu uns gehört“, sagten sie und unterstützten damit die russische Lesart der Ereignisse.

Und selbst viele Russlanddeutsche, welche die Annexion der Krim nicht unterstützten, hatten in dieser Zeit das Gefühl, dass Deutschland Russland ungerecht behandle. Dass zum Beispiel Völkerrechtsverstöße der russischen Regierung viel strenger geahndet würden als Völkerrechtsverstöße der USA. Dieses Gefühl bedient die AfD geschickt. Sie stellte sich demonstrativ an die Seite der russischen Regierung, plädierte für eine Abschaffung der Sanktionen und gibt sich antiamerikanisch.

Und dann kam auch noch der „Fall Lisa“ – in dem es eigentlich um die deutsche Flüchtlingspolitik ging. Auch unter Russlanddeutschen gab es Menschen, die Merkels Politik der offenen Tür im Sommer 2015 für falsch hielten. Aber nicht alle, sagt SPD-Politiker Geidel. „Es haben auch Russlanddeutsche in Marzahn Turnhallen für Flüchtlinge hergerichtet.“

Was sagten die anderen? „Wenn man sie fragt, sagen sie zuerst: „Die haben eine andere Kultur, die passen nicht hierher.“ Eine Haltung, die viele der älteren Generation noch aus der Sowjetunion mitgebracht hätten. „Das war zwar offiziell eine multikulturelle Gesellschaft, doch gegenüber bestimmten Gruppen gab es starke Vorurteile.“ Muslime gehörten dazu ebenso wie Juden.

Doch das allein sei es nicht. „Wenn das Gespräch eine Weile andauert, dann kommen ganz andere Themen“, sagt Geidel. Zum Beispiel der Familiennachzug. Er nennt ein Beispiel: Ein russlanddeutscher Mann kam mit seiner russischen Frau in den 1990er-Jahren nach Deutschland. Die russischen Eltern der Frau, damals noch berufstätig, blieben in Russland. Heute sind sie alt, vielleicht pflegebedürftig. Die Kinder möchten sie gern nach Deutschland holen. „Sie müssten nun nachweisen, dass sie selbst für die Eltern aufkommen können, dass sie den deutschen Staat nichts kosten“, sagt Geidel. Wenn das Ehepaar diesen Nachweis nicht erbringen kann, bleibt nur, nach Russland zurück zu gehen, um die Eltern zu pflegen.

„In der Flüchtlingskrise hatten viele den Eindruck, für Syrer sei es leichter, die Familie nachzuholen“, sagt Geidel. Die Folge: Neid, Unverständnis. Dass es auch für Syrer keinesfalls leicht ist, die Familie nach Deutschland zu holen, spielt da weniger eine Rolle. Eher das Gefühl: Eine andere, noch dazu muslimische Gruppe ist in Deutschland willkommener als sie.

Jannis Panagiotidis kennt diese Argumente und gibt zusätzlich zu Bedenken, dass es Vorbehalte gegen die Flüchtlinge auch in der deutschen Bevölkerung gibt. „Wenn der gesamte Diskurs nach rechts rückt, dann rücken die Russlanddeutschen mit.“ Der „Fall Lisa“ etwa ereignete sich zwei Wochen nach der Kölner Silvesternacht, als es zu Hunderten sexuellen Übergriffen von Flüchtlingen auf Frauen kam. „Da waren die Russlanddeutschen nicht die einzigen, die ein Staatsversagen befürchteten.“

Die Vorstellung, dass Russlanddeutsche in ihren ganz eigenen Filterblasen leben, treffe schlicht nicht zu, sagt Panagiotidis: „Sie sind mindestens genauso von den hiesigen Debatten beeinflusst wie von russischen Nachrichten.“ Umfragen stützen diese Aussage des Wissenschaftlers. Die AfD erreichte im Jahr 2016 in deutschlandweiten Befragungen bis zu 15 Prozent der Stimmen. Allein an den Russlanddeutschen kann das nicht liegen.

Hannah Beitzer ist freie Journalistin in Berlin.

KLAUS-DIETMAR GABBERT/DPA

KAY NIETFELD/DPA

Nach dem Fall „Lisa“ demonstrierte Deutschlands Rechte vor dem Bundeskanzleramt gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik, und viele Russlandeutsche reihten sich ein. Kein Wunder, denn die AfD verdeutlicht ihre Positionen auch in russischer Sprache. (Bild rechts)

DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Die AfD wurde 2013 von dem Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke gegründet. Ursprünglich richtete sie sich gegen die Euro-Rettungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gesellschaftspolitisch setzt sie sich für die traditionelle Familie, eine starke deutsche Leitkultur und eine Begrenzung von Zuwanderung ein. Wegen rassistischer und antisemitischer Ausfälle ihrer Vertreter kam die Partei immer wieder in die Schlagzeilen und ist in der deutschen Parteienlandschaft isoliert. Zahlreiche ihrer Gründungsmitglieder haben die AfD inzwischen verlassen, darunter auch Bernd Lucke. Ihre höchsten Umfragewerte hatte die Partei während der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016. In den derzeitigen Umfragen zur Bundestagswahl 2017 liegt sie bei etwa 10 Prozent.

IMPRESSUM

Verleger Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Johann Michael Möller
Victor Loshak
Peter Koepf (Koordination)

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Pressedruck Potsdam GmbH
Friedrich-Engels-Straße 24
14473 Potsdam

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23-24
10963 Berlin

Petersburger Dialog ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH

www.times-media.de

BUNDESREGIERUNG

Die Unaufgeregte

Angela Merkel hat beste Chancen, am kommenden Sonntag wiedergewählt zu werden. Der stoische Stil der Bundeskanzlerin gefällt vielen Deutschen über die politischen Lager hinweg

VON LUTZ LICHTENBERGER

Für einige Wochen im Frühjahr dieses Jahres schien Angela Merkels Zukunft noch fraglich. Die Bundeskanzlerin war sich nicht sicher, ob sie noch einmal antreten sollte. Zwölf Regierungsjahre lagen hinter ihr. Sie war nicht amtsmüde und das Wahlvolk ihr nicht überdrüssig, aber die Beziehung zwischen Kanzlerin und Bürgern schien abgenutzt, ja in die Jahre gekommen zu sein.

Als 2015 hunderttausende Flüchtlinge ins Land kamen, erstarkten nicht nur die Gegner von Merkels CDU, die rechte Alternative für Deutschland (AfD), in Umfragen und Landtagswahlen. Auch in der eigenen Partei trauten sich manche jüngere Politiker öffentlich über die Zeit nach ihr zu spekulieren.

Die SPD nominierte nach langem innerparteilichem Ringen Martin Schulz zu ihrem Kanzlerkandidaten. Der „natürliche“ Kandidat, der Parteivorsitzende und damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel verzichtete, er rechnete sich – und in Wahrheit auch der Partei – kaum Chancen gegen Merkel aus. Denn die Deutschen schrieben die Erfolge der Koalition der „Chefin“ zu, während der kleinere Partner und dessen Arbeit blass blieben, gleich welchen Anteil er an der Politik der Koalition hatte. Ein neuer Kandidat musste her, Schulz. Der langjährige Präsident des Europäischen Parlaments gehörte nicht der großen Koalition der Unionsparteien und SPD an. Er erschien frei von den Niederungen des Regierungsalltags, unbeeindruckt von der Berliner Kompromissmaschine, die bisher noch alle Regierungspartner der Kanzlerin hatte schlecht aussehen lassen.

Und tatsächlich, der neue Kanzlerkandidat erlebte einen rauschhaften Frühling, die SPD nominierte ihn auf ihrem Parteitag mit 605 von 605 Stimmen, die Umfragewerte für die Sozialdemokraten der SPD schossen in die Höhe und schlossen zum ersten Mal seit über einem Jahrzehnt zur Union auf.

Merkels Reaktion auf den neuen Herausforderer – und wie die Deutschen das hinnahmen – sagt sehr viel über die Amtsinhaberin und die Stimmung im Land aus. Die Kanzlerin machte einfach weiter wie zuvor, ignorierte ihren Konkurrenten und ließ kaum erkennen, dass sie sich im Wahlkampf befindet. Ein bewährtes Rezept: Schon 2009 und 2013 hatte sie nie die Namen ihrer Gegenkandidaten ausgesprochen. So auch heute. Ihr Wahlkampfmotto vor vier Jahren hieß: „Sie kennen mich.“ Jüngst berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung über einen Auftritt in einer südwestlichen Provinzstadt in einer Mischung aus Bewunderung und Langeweile: „Merkel lässt in ihrer Rede kaum ein Thema aus, aber auf Beifall und den ganzen Wahlkampf-Schnickschnack ist sie gar nicht aus. Hier steht keine Wahlkämpferin, die mit Munition um sich schießt. Kein böses Wort über die Konkurrenz, kein Wort über Schulz, überhaupt: kein lautes Wort.“

Medienforscher erfanden dafür den Begriff der asymetrischen Demobilisierung. Person und Programm sind so gefällig, harmlos, unprovokant, dass die eigentlichen Anhänger anderer Parteien mit Merkel an der Spitze gut leben können und deshalb der Wahl fern bleiben.

„Die Naturwissenschaftlerin zerlegt jeden Problemkomplex in seine Einzelteile und begibt sich an die Arbeit.“

Dazu gehört auch, dass Merkel in zwölf Jahren die bürgerliche Union in vielen Fragen so weit nach links und damit in die Mitte gerückt hat, dass dort für andere Parteien kaum noch Platz bleibt. Merkel, die Physikerin, beschloss nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg, sie schaffte die Wehrpflicht ab, hieß die an der ungarischen Grenze gestrandeten syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge willkommen und ließ es jüngst zu, dass der Bundestag kurz vor dem Ende der Legislaturperiode über die „Ehe für Alle“ abstimmte – und mit Stimmen aus allen Parteien das Gleichstellungsgesetz verabschiedete. Die Traditionalisten in den eigenen Reihen murrten zwar etwas, während SPD und Grüne jubelten, aber die Kanzlerin hatte ein Wahlkampfthema, mit dem jene Parteien ihre Basis hätten motivieren können, elegant von der Tagesordnung genommen.

Verglichen mit dem Bohei, das die Wahlen in den USA und Frankreich und das Brexit-Referendum in Großbritannien nicht nur in den jeweiligen Ländern entfachten, ist der deutsche Wahlkampf ein Kaffeekränzchen. „Deutschland döst“, schrieb eine Tageszeitung. Obwohl im deutschen Verhältniswahlrecht absolute Mehrheiten sehr unwahrscheinlich, aber viele Koalitionsvarianten möglich sind und die Spekulationen über denkbare Partnerschaften üblicherweise ein beliebtes politisches Gesprächsthema darstellen, will der Funke in diesem Jahr kaum zünden. Experten und Bevölkerung gehen davon aus, dass Merkel nach dem 24. September Kanzlerin bleiben wird. Nachdem sie 2005 zunächst mit der SPD regierte, 2009 mit der marktliberalen FDP, 2013 wieder mit der SPD, könnte sie 2017 wieder zurück zur FDP finden – oder aber zum ersten Mal auch mit den linksliberalen Grünen koalieren. Keine Kombination träfe auf unüberwindbare Hindernisse, weder programmatisch noch persönlich.

Merkels Gegner halten ihre ideologische Offenheit und ihren äußerst kühlen Pragmatismus für eine moralische Schwäche; aber der Kanzlerin gerät beides politisch zur Stärke. Im Frühjahr war es auch das Gebaren des neuen US-Präsidenten Donald Trump, das die Mehrheit der Deutschen daran erinnerte, was sie an Merkel haben und schätzen. Besonnen und bescheiden, unbestechlich und sachorientiert, ausgleichend und konfliktmeidend – wie viel Wahrheit in den Zuschreibungen auch stecken mag, dem Land gefällt der Merkelsche Politiktypus, er entspricht seinem Selbstbild. Wenn „Trump“ für unterhaltsam bis beunruhigend steht, erscheint die personifizierte Unaufgeregtheit noch attraktiver als zuvor.

Der bedeutendste lebende deutsche Philosoph, Jürgen Habermas, bezeichnete Deutschland einmal als den ersten postklassischen Nationalstaat. Der Schrecken des Nationalsozialismus steckt bis heute so tief in der kollektiven Psyche der Deutschen, dass die breite politische und gesellschaftliche Mitte des Landes sich von allem offen zur Schau getragenen Stolz fernhalten will. Zugleich empfinden viele Deutsche aber gerade deswegen ein nicht unbeträchtliches Maß an Genugtuung, ja beinahe Glücksgefühl über die nationale Abgeklärtheit. Merkel bedient diese Grundverfasstheit wie keine andere öffentliche Person. Unvergessen der Moment, als sie vor vier Jahren bei der rauschenden Siegesparty der CDU ihrem Generalsekretär auf der Bühne dessen ziemlich kleines Deutschlandfähnchen resolut aus der Hand nahm und ihm einen tadelnden Blick hinterherwarf.

„Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ – mit diesem harmlosen Motto und Merkels Konterfei wirbt die CDU derzeit um Wähler. Der Satz entspricht einer breiten Stimmung. Die gute Lebensqualität einer Gesellschaft mit vergleichsweise weniger krassen Einkommensunterschieden, eine gute Konjunkturlage, stabile Institutionen und ein verlässlicher Ruf im Rest der Welt, frei von jedem aggressiven Nationalismus, erzeugen so etwas wie postklassischen Stolz auf das Erreichte.

Dabei ist die Liste mit drängenden politischen Fragen nicht gerade kurz: Die Automobilindustrie steckt nach dem Skandal über gefälschte Abgaswerte in Dieselwagen in einer womöglich existenziellen Krise, noch immer fehlt ein humanes, verlässliches und sicheres System zur Verteilung und Integration der Flüchtlinge in Europa und Deutschland, die Eurokrise ist nicht überstanden, die neue rechte Partei AfD, die zwar an Zustimmung eingebüßt hat, wird gleichwohl zum ersten Mal in den Bundestag einziehen und dort den Ton verschärfen. Aber ein nationales Krisengefühl hat sich deswegen mitnichten entwickelt. Dafür steht die Methode Merkel: Die Naturwissenschaftlerin im Kanzleramt zerlegt jeden Problemkomplex in seine Einzelteile und begibt sich an die Arbeit, hier an einer Stellschraube zu drehen, dort ein Abkommen auszuhandeln und einfach auch einmal abzuwarten, bis sich der Rauch um die Empörungen der Stunde verzogen hat.

Gut möglich, dass Deutschland mit der Politik der Kanzlerin etwas schläfrig, ja „demobilisiert“ zu werden droht. Solange aber die Gegenbilder in Europa und der Welt wie weitaus weniger anziehende Zukunftsmodelle anmuten, scheint sich Deutschland zu sagen, dass seine Zukunft ruhig noch länger mit ihrem Namen verbunden bleiben dürfte.

Lutz Lichtenberger ist Redakteur dieser Zeitung.

Unbequeme Realität

Weiter mit Merkel: Das voraussichtliche Ergebnis der Bundestagswahlen weckt in Russland keine Begeisterung

VON SERGEJ STROKAN

Die Bundestagswahlen am 24. September verheißen keine Sensation. Niemand zweifelt de facto an einem Sieg der regierenden Christlich Demokratischen Union (CDU) von Kanzlerin Angela Merkel. Alle Debatten sind auf die Frage reduziert, mit welchem Ergebnis die CDU gewinnt und ob sie gezwungen sein wird, erneut eine große Koalition mit der SPD einzugehen.

In Moskau löst diese Aussicht keine Begeisterungsstürme aus. Das ist verständlich. Merkel, die nicht nur Regierungschefin des wirtschaftlich führenden europäischen Landes, sondern de facto auch diejenige ist, die informell die Führerschaft in der Europäischen Union inne hat, ist seit Beginn der Ukraine-Krise gegenüber Russland in der Rolle des „bösen Ermittlers“ aufgetreten. Sie hat ein um das andere Mal zu verstehen gegeben, dass es keinen Grund gibt, die gegen Russland wegen der Krim und dem Donbass verhängten europäischen Sanktionen aufzuheben. Sie tat dies ungeachtet der Tatsache, dass die Aufrechterhaltung der Sanktionen den deutschen Unternehmen, die mit ernsten Absichten und langfristigen Planungen nach Russland gekommen sind, einen ernst zu nehmenden Schaden verursacht.

Die von russischen Politikern und Experten geäußerte Hoffnung, die Bundeskanzlerin werde auf die Geschäftsleute aus Deutschland hören, die ein Ende der Sanktionen angemahnt hatten, ging nicht in Erfüllung. Merkel bewies damit, dass die Beziehungen zu Russland auch weiterhin von europäischen Politikern bestimmt werden, vor allem von ihr selbst.

Damit erwiesen sich die Hoffnungen der Skeptiker als Illusion, die Kanzlerin würde zu einem bestimmten Zeitpunkt Fehler machen, Schaden nehmen und sich aus der Politik verabschieden. Nicht einmal der wachsende Unmut über die Einwanderung von hunderttausenden illegalen Immigranten veranlasste sie dazu. Merkel, die eiserne Kanzlerin, geriet auch darüber nicht ins Stolpern. Es ist, als wäre sie aus Krupp-Stahl gegossen. Die in Russland zu vernehmenden entrüsteten Stimmen über ihre bald vierte Amtszeit sind verstummt, seit der Westen auf ähnlich lange Regierungszeiten auf russischer Seite verwies.

Die rechten Populisten in Deutschland und anderen europäischen Ländern, die Moskau auf eine kaum verhohlene Sympathie stießen, waren laut vernehmbar, spielten aber in den Wahljahren 2016 und 2017 nicht die erste Geige. So hat etwa auch bei den Wahlen in Frankreich die Führerin der Euroskeptiker, Marine le Pen, ihre Ziele verfehlt.

Das kann man von der Führerin der Euro-Optimisten, Angela Merkel, nicht behaupten. Sie hatte nach dem Brexit in Großbritannien und dem Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA für die Prophezeiungen unserer Fernsehanstalten, die über einen dem Ende der Sowjetunion gleichenden baldigen Zerfall der Eurozone und einen Zusammenbruch der Europäischen Union orakelten, nur ein müdes Lächeln übrig.

Die deutsche Bundeskanzlerin und ihre Partei sind willens, ein weiteres Mal unter Beweis zu stellen, dass besser als Merkel nur Merkel sein kann. Zumindest derzeit. Mit dieser für Russland unbequemen Realität müssen wir in nächster Zeit leben.

Sergej Strokan ist Korrespondent von Kommersant.

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGSKRISE

Die ungeschminkte Wahrheit (I)

Die deutsch-russischen Beziehungen leiden unter der unbeschränkten Macht des Präsidenten, dem Abbau der Demokratie und daraus resultierend dem Bruch des Völkerrechts in der Ukraine

Irina Scherbakowa im Interview

IRINA SCHERBAKOWA UND MEMORIAL

Irina Scherbakowa lehrte von 1996 bis 2006 am Zentrum für Oral History der Russischen Staatsuniversität für Geisteswissenschaften in Moskau. Seit 1999 koordiniert sie den russischen Schülerwettbewerb „Der Mensch in der Geschichte. Russland im 20. Jahrhundert“, ausgerichtet von der 1987 gegründeten „Internationalen Gesellschaft für Historische Aufklärung, Menschenrechte und Soziale Fürsorge MEMORIAL“. Damals propagierte Michail Gorbatschow Glasnost und Perestroika. Ziel der NGO war die Erforschung des Stalinismus und das Gedenken an die Opfer. Erster Vorsitzender war der Atomphysiker und Dissident Andrei Sacharow. Inzwischen gibt es neben zahlreichen Außenstellen in Russland auch solche in der Ukraine, Kasachstan, Lettland, Deutschland, Frankreich, Italien und Tschechien, die sich auch mit der aktuellen Menschenrechtslage in Russland beschäftigen. In den vergangenen Jahren kam es deshalb zu Durchsuchungen und Verfahren gegen Mitglieder von Memorial. Im vorigen Herbst setzte das Justizministerium die Organisation auf die Liste „ausländischen Agenten“. Ende August 2017 erhielt Scherbakowa die Goethe-Medaille (siehe Foto).

Wenn Sie nach Weimar kommen…
Irina Scherbakowa: … dann fühle ich mich wie zu Hause. Ich war hier schon zu DDR-Zeiten, und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde das sowjetische Sonderlager in Buchenwald ein wichtiges Forschungsprojekt für mich, das mich immer wieder nach Weimar geführt hat. Diese Stadt verbindet deutsche und russische Geschichte – im Guten wie im Bösen.

Für Ihre Forschungen über und Ihren Einsatz für das Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft haben Sie das Bundesverdienstkreuz und den Carl-von-Ossietzky-Preis bekommen. Kürzlich wurden Sie mit der Goethe-Medaille ausgezeichnet. Gilt das auch der Germanistin Irina Scherbakowa, der Übersetzerin und großen Kennerin der deutschen Literatur?
Ich fühle mich natürlich sehr geehrt. Denn ich komme ja tatsächlich von der Literaturwissenschaft, bevor ich angefangen habe, als Historikerin zu arbeiten. Aber ich bin in gewisser Weise Germanistin geblieben. Denn mein Thema ist ja unsere gemeinsame so furchtbare wie tragische Geschichte, die im 20. Jahrhundert zu einer schrecklichen Feindschaft wurde. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit Anfang der 1990er-Jahre waren gerade die Sonderlager, die während der russischen Besatzungszeit im Osten Deutschlands an verschiedenen Orten errichtet wurden, wo früher Konzentrationslager wie Buchenwald standen. Dorthin wurden viele Deutsche verbracht, auch viele unschuldige Opfer, die von der sowjetischen Militäradministration verhaftet worden waren. Auch später beschäftigten wir uns bei Memorial mit den Schicksalen von Kriegsopfern. Das war die Geschichte der Zwangsarbeiter, sowjetischen Bürgern. Es waren Millionen, die aus der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt wurden. Ihre Geschichte ist erst in den vergangenen zwanzig Jahren erforscht worden und zwar von russischen und deutschen Historikern gemeinsam.
Ich verstehe mich als Vertreterin einer ganzen Gruppe von Menschen, die sich mit der Aufarbeitung dieser schrecklichen Geschehnisse befassen. Meine Auszeichnung gilt auch ihnen, gilt unserer gemeinsamen Arbeit und würdigt deren Bedeutung.
Ich gehöre zur Nachkriegsgeneration, aber der Krieg hat meine ganze Familie geprägt. Mein Vater, der als Kriegsversehrter nach Hause kam, hat sich sein ganzes Leben damit beschäftigt, was damals geschehen ist. Es wäre für ihn während des Krieges unvorstellbar gewesen, dass seine Tochter in Deutschland einmal für eine solche Forschungsarbeit ausgezeichnet würde. In meiner Kindheit war die Erinnerung an den grausamen Krieg noch sehr lebendig; und die deutsche Sprache war die Sprache der Kommandobefehle aus den Kriegsfilmen, die Sprache des Feindes. Aber es wurde darüber doch nie vergessen, dass über Jahrhunderte auch deutsche Kultur und Aufklärung von großer Bedeutung für uns waren.

Woher kommt diese Zuneigung für das Deutsche – nach allem, was geschehen ist?
Das ist schon ein sehr besonderes Verhältnis zwischen unseren Völkern. Natürlich spielte auch Frankreich für unsere Geschichte eine Rolle, und das Französische war lange Zeit die Sprache der Oberschicht. Es gab auch anglophile Strömungen in Russland. Aber das Deutsche, die Deutschen waren immer Teil unserer Kultur und unserer Gesellschaft. Das Deutsche kam nie von außen, es war immer schon mitten drin. Es gab ja kaum ein nennenswertes deutsches Adelsgeschlecht, das nicht nach Russland eingeheiratet hat. Das gilt auch umgekehrt. Denken Sie nur an Weimar und Maria Pawlowna.
Nehmen sie die russische Literatur. In Tolstois „Kindheit“ ist der Hauslehrer ein Deutscher, ein gütiger und beseelter Mann, der mit dem Kind Deutsch spricht.
Oder Friedrich Schiller, der an den russischen Theatern im 19. Jahrhundert der am meisten gespielte Dramatiker war. Heine, Goethe gehörten zu unserem Bildungskanon. Michail Lermontows berühmte Übersetzung von „Wanderers Nachtlied“ war noch Teil meiner Schulbildung. „Faust“, in der Übersetzung von Pasternak, Rilkes Verhältnis zu Russland… Wir könnten stundenlang darüber reden.
Deutsch war bis zum ersten Weltkrieg die in Russland am meisten verbreitete Fremdsprache. Französisch sprach der Adel, aber das Deutsche war die Sprache des Gymnasiums, der Bildung und der Literatur. So wie unsere Gymnasien ja überhaupt nach preußischem Vorbild aufgebaut waren. Die russische Kultur, die Wissenschaft, das Militär – all das wäre ohne den deutschen Einfluss und die deutsche Teilnahme im 18. und 19. Jahrhundert undenkbar.
Viele deutsche Gelehrte und Militärs wirkten in Russland. Und wir dürfen auch die deutschen Bauern nicht vergessen, die Katharina ins Land geholt hatte und die dort in großen Enklaven, auf der Krim, im Kaukasus und an der Wolga siedelten und die Landschaft und vor allem die Landwirtschaft dort geprägt haben.
Und dann vergessen sie bitte den Marxismus nicht, die Sprache von Marx und Engels. Das war Deutsch. Die deutschen Kommunisten waren das große Vorbild der Bolschewiki.
Aber es gibt eben auch die andere, die schreckliche und grausame Seite unserer Beziehungen, die durch die beiden Kriege geprägt war und zig Millionen Opfer forderte.
Trotzdem haben wir in Russland die deutsche Kultur nie vergessen. Unsere Kulturoffiziere, die nach dem Krieg nach Deutschland kamen, fühlten sich dieser Tradition noch verpflichtet und wollten helfen, die Barbarei des Faschismus zu beseitigen, um die deutsche Kultur wieder sichtbar zu machen, das Erbe der Klassik – unser gemeinsames Erbe.
Dazu kam in der nachstalinistischen Zeit eine intensive Beschäftigung in der russischen Gesellschaft mit der Frage, warum die Deutschen die Sowjetunion überfallen haben. Was ging in diesen deutschen Soldaten vor? Warum haben sie das getan? Und wie wirkt das nach? Das ist übrigens einer der Gründe, warum Heinrich Böll bei uns so populär wurde. Er stand für ein Deutschland, das sich mit seinen Taten auseinandersetzte. Entsprechend groß war unsere Euphorie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, dass wir uns jetzt endlich gemeinsam mit unserer gemeinsamen Geschichte und vor allem den Schrecken des 20. Jahrhunderts beschäftigen konnten. In diesem Geist, in dieser Begeisterung wurde Memorial gegründet.

Was ist passiert, dass wir uns heute plötzlich wieder fremder, ja feindlicher gegenüberstehen?
Wir dürfen die außenpolitische Entwicklung nicht von den innenpolitischen Prozessen in Russland trennen. Dieser Fehler wird immer wieder gemacht. Lange vor den Ereignissen von 2014 – Krim und Krieg in der Ost-Ukraine – begann in Russland ein spürbarer Abbau von Demokratie. Das ging schon sehr bald nach der Jahrtausendwende los. Wir russischen Bürgerrechtler haben früh davor gewarnt. Aber man wollte uns nicht glauben. Auch in Deutschland nicht. Dort glaubte man lange, dass Russland auf dem Weg sei zu einer eigenständigen Demokratie. Stattdessen erlebten wir den Aufbau neuer Machtstrukturen, neuer Machtvertikalen, wie wir das nennen, etwa in der Medien- oder der Sicherheitspolitik. Wachsende Kontrolle war das Schlüsselwort dieser Entwicklung. Dazu kamen Einschränkungen im Wahlrecht, die wachsende Bedeutung der Sicherheitsorgane und der wachsende Einfluss vieler ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit. Diese neuen Machtmenschen waren bei Gott keine Demokraten. Sie wollten ein Russland mit einer starken Staatsmacht und der entsprechenden Kontrolle der Gesellschaft. Wir beobachteten aber nicht nur den Aufbau neuer Machtstrukturen, sondern auch einer neuen Ideologie. Das hat die Justiz und Medien zuerst betroffen, aber auch Wirtschaft und Kultur sind davon nicht verschont geblieben. Es war ein Irrtum zu glauben, dass man ihnen die Spielräume lassen würde.
Das alles ist die innenpolitische Vorgeschichte, die dann im Bruch des Völkerrechts und der Missachtung der europäischen Sicherheitsstrukturen mündete. Es gibt da einen unmittelbaren Zusammenhang. Man hat das in Deutschland lange falsch gedeutet, hat geglaubt, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den wilden 1990er-Jahren ein Prozess der Konsolidierung einsetzen würde. Aber das war ein Missverständnis. Gorbatschows Öffnung unseres Landes und unserer Gesellschaft war lange vorbei. Gorbatschow wollte eine andere Entwicklung und sprach von einem gemeinsamen europäischen Haus, nicht von einer Festung Russland. In Deutschland hat man viel zu spät begriffen, dass es keine kontinuierliche Entwicklung nach der Zeit der Perestroika gab, keine kontinuierliche Annäherung Russlands an das westliche Europa. Wir, die unabhängigen NGOs in Russland, haben das früh gesehen.
Zu dieser politischen Entwicklung kommt eine schwere Hypothek hinzu, die noch in die Zeit der Sowjetunion zurückreicht: die weitverbreitete Korruption. Korruption kann man aber nur in einer offenen, demokratischen Gesellschaft bekämpfen; es gibt keine anderen Instrumente, auch keine Kontrollen, die wirksamer wären als eine wache Zivilgesellschaft mit entsprechenden Rechten. Kein Kontrollapparat kann das leisten; selbst unter Stalin und seinen brutalen Methoden überlebte die Korruption.

Hat sich auch Präsident Putin in seiner Regierungszeit verändert?
Wladimir Putin war vor 18 Jahren nicht so selbstsicher wie heute. Erst der Aufbau seiner Machtstrukturen hat ihn zu dem gemacht, was er heute ist. Unbeschränkte Macht über lange Zeit hat eben ihre Wirkung. Ich will die Fehler des Westens in diesem Prozess nicht bestreiten, aber allein die Aussage, dass der Untergang der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen sei, zeigt doch, wie Putin denkt. Wie wirkt so eine Feststellung auf die baltischen Länder? Auf die Ukraine? Selbst in Kasachstan wird man unruhig. Die Nato-Aktivitäten im Baltikum kann man nicht trennen von der Existenzangst der kleinen Nationen, die einmal Teil der Sowjetunion waren. Aber das Kernproblem ist und bleibt die unbeschränkte Macht des Präsidenten und ihre lange Dauer.

Für den Westen war die eigentliche Zäsur die Annexion der Krim.
Es gab mehrere Zäsuren. Die orangene Revolution in der Ukraine war so eine; oder die restriktive Politik gegenüber den NGOs. Das war ein deutliches Signal gegen die freie Zivilgesellschaft. Auch der Krieg gegen Georgien war eine solche Zäsur. Georgien hat diesen Krieg nicht angefangen. Der Tschetschenien-Krieg war eine Zäsur, auch wenn man die Verantwortung von Boris Jelzin nicht übersehen sollte. Er hat die Büchse der Pandora geöffnet. Aber was dort heute passiert, ist unvorstellbar und widerspricht allen Formen des Rechtstaats.

Wie soll der Westen, wie sollen wir alle darauf reagieren?
Mit Formulierungen wie der vom Imperium des Bösen ist keinem gedient. Auch das zivilgesellschaftliche Gespräch zwischen Russen und Deutschen ist ja nie abgerissen. Ich bin in vielen Stiftungen und Kuratorien. Überall erfahre ich eine große Zuneigung zu Russland. Keiner will den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen Deutschland und Russland gefährden oder gar abbrechen. Im Gegenteil. Aber man war lange viel zu unkritisch. Nehmen sie nur den alten Petersburger Dialog. In einem Dialog müssen wir uns ungeschminkt die Wahrheit sagen können.
Was ich mir von Deutschland, von den deutschen Medien wünsche, ist ein genauerer Blick auf unser Land, nicht nur auf Moskau, sondern auch auf das, was sich in den Regionen tut. Aber ich weiß, wie schwierig das geworden ist. In unserem Land grassiert eine „Spionomanie“, die alles und jeden verdächtigt und auch die Menschen, die weiter mit ausländischen Instituten und Organisationen und einzelnen Menschen zusammenarbeiten. Auch der Petersburger Dialog hat das lange so gesehen, hat nicht mit den wirklichen Vertretern der Zivilgesellschaft geredet, sondern mit den Funktionären und leider manchmal auch den Propagandisten. Umso mehr freue ich mich, dass Sie heute mit mir sprechen. Das ist nicht selbstverständlich.

Wie soll es jetzt weitergehen?
Ich bin da vielleicht ganz naiv. Ich vertraue der Offenheit und Ehrlichkeit. Man muss sehr aufmerksam hinschauen und genau beobachten, was mit den Kritikern passiert. Uns als ausländische Agenten zu bezeichnen ist unglaublich. Was sie mit Kirill Serebrennikow gemacht haben, auch. War es nötig, den bekanntesten russischen Regisseur im Hotel in Petersburg zu verhaften und ihn in Handschellen nach Moskau zu bringen? Das ist ein Zeichen an uns alle. Wir sollen den Mund halten. Die neue Gesetzgebung gibt immer eine Möglichkeit gegen uns vorzugehen. Indem ich aber in Russland bleibe und weitermache, zeige ich, dass ich Optimistin bin. Ich glaube an die Aufklärung. Aber die Konfrontationen mit der Macht nehmen zu. Das bedeutet nicht, dass in Russland inzwischen alles gleichgeschaltet ist, aber es wird für uns immer schwieriger, uns bemerkbar zu machen und für unsere demokratischen Rechte zu kämpfen.

Mit Irina Scherbakowa sprach
Johann Michael Möller

PD

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGSKRISE

Die ungeschminkte Wahrheit (II)

Die deutsch-russischen Beziehungen leiden unter der Krise in der Ukraine und unter den von Deutschland initiierten Sanktionen der EU gegen Russland

Sergej Netschajew im Interview

Sie sprechen Englisch und Deutsch. Steht Deutsch an zweiter Stelle?
Sergej Netschajew: Deutsch steht bei allem an erster Stelle, da meine berufliche Laufbahn hauptsächlich mit deutschsprachigen Ländern im Zusammenhang steht. Verstehen, mich verständlich machen und Gesprächspartnern meine Position darzustellen – dazu bin ich auf Deutsch in der Lage.

Lesen Sie auf Deutsch?
Als ich noch zur Schule ging, habe ich die deutschen Klassiker gelesen und erinnere mich an bestimmte Dinge aus den Werken von Goethe, Schiller und Heine. Remarque liebe ich sehr. Lesenswert ist auch Heinrich Böll, etwa „Ansichten eines Clowns“ oder „Wanderer, kommst du nach Spa“. Er ist eine Persönlichkeit mit Signalcharakter für die deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts. Er wurde auch in der UdSSR gelesen.

Erinnern Sie sich an den ersten Eindruck, den Sie von Deutschland hatten?
Das erste Mal kam ich im Jahr 1973 nach Deutschland, damals noch in die DDR, im Rahmen eines Studentenaustauschs. Wir sind viel herumgefahren: Berlin, Potsdam, Dresden, Leipzig, Gera, Erfurt … das war eine spannende, intensive und ergebnisreiche Reise. Wir haben das Land kennengelernt, Gleichaltrige und Studenten wie wir es waren.

Hatten Sie nicht das Empfinden, dass eine Verständigungsbarriere besteht? Immerhin ein anderes Land, nicht so ganz alltäglich.
Die DDR ging den sozialistischen Entwicklungsweg und das, was wir auf der Reise gesehen haben, war uns, den Bürgern aus der Sowjetunion, ideologisch bekannt. In der DDR gab es sehr viele Menschen, die aufrichtig an die Ideale des Sozialismus glaubten und uns und unserem Land gegenüber freundschaftlich und herzlich gesonnen waren. Viele von ihnen leben noch und es wäre unfair, das zu vergessen. Es gab dort auch viele standhafte antifaschistische Kämpfer, die gegen den Nazismus gemeinsam mit der Sowjetarmee gekämpft haben. Die Existenz der DDR generell war eine wichtige Etappe in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Das darf man nicht vergessen.

Haben Sie den Mauerfall in Moskau oder auf einer Dienstreise im Ausland erlebt?
Ich arbeitete damals im Zentralen Apparat des Außenministeriums, im DDR-Referat. Die Vereinigung Deutschlands lief förmlich vor unseren Augen ab. Wir sahen die Begeisterung der Deutschen, ihr Streben nach Einheit. Grundsätzlich wurde die Vereinigung der beiden deutschen Staaten von vielen Faktoren eingeleitet. Die entscheidende Rolle dabei spielte die konsequente Politik unseres Landes, was die Deutschen seinerzeit hoch zu schätzen wussten. Viele erinnern sich sicherlich, dass nicht alle Länder damals dieser Auffassung waren.

Und nun, wenn Sie in Deutschland sind, gibt es noch etwas, was Sie in Erstaunen versetzt, sie fesselt?
Man entdeckt immer etwas Neues und Außergewöhnliches für sich. Mich erstaunt jedes Mal, wie dynamisch sich Berlin entwickelt. Ich kenne noch Zeiten, als im Stadtzentrum nichts war und nichts gebaut wurde. Und nun sieht man, mit wieviel Mühe und wie ordentlich die Deutschen ihre Hauptstadt und andere Städte gestalten. Das verdient Respekt.

Sie leiten derzeit die Europaabteilung 3 des Außenministeriums der Russischen Föderation. Was machen Sie genau?
Neben anderen Abteilungen befasst sich unsere Abteilung auch mit Europa, mit den Beziehungen zu einer Reihe von Ländern Mittel- und Osteuropas, darunter Deutschland, Österreich, die Schweiz und Länder der Visegrád-Gruppe – Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn. Nicht zu vergessen ist auch Liechtenstein, mit dem wir ebenfalls Beziehungen pflegen. Niemand wird bei uns übergangen.

Wie wirkte sich die politische und Sanktionskrise in den Beziehungen zwischen Russland und Europa auf die bilateralen Beziehungen zu Deutschland aus?
Die russisch-deutschen Beziehungen durchleben in der Tat keine einfache Etappe in ihrer Entwicklung. Sie sind bislang Geiseln der Krise in der Ukraine, welche die Folge eines Staatsstreichs in diesem Land ist. Und natürlich mussten sich die von Deutschland initiierten Sanktionen der EU gegen Russland, der Kurs auf eine Eindämmung Russlands, das „Einfrieren“ der wichtigsten Mechanismen des bilateralen Miteinanders und die zielgerichtete antirussische Medienkampagne auf die Atmosphäre unseres Dialogs auswirken. Wir waren gezwungen, dies in unserer auf Deutschland gerichteten Arbeit zu berücksichtigen.

Das bedeutet, dass die Intensität der Beziehungen Schaden genommen hat?
Sowohl die Intensität als auch der Inhalt der Zusammenarbeit haben durch die von Berlin gegen Russland verhängten Sanktionen nicht gewonnen. Viele Kontakte sind eingefroren, sie befinden sich auf dem Nullpunkt.

Auch auf unser Betreiben hin?
Nein, auf unser Betreiben hin ist kein einziges Format eingefroren worden. Im Gegenteil, wir haben immer gesagt, dass wir ungeachtet der Sanktionen der Ansicht sind, dass das in den langen Jahren akkumulierte positive Potenzial erhalten werden muss. Mehr noch, wir waren immer überzeugt davon, dass unsere Beziehungen zu Deutschland nicht nur eine bilaterale, sondern einer gesamteuropäische, ich würde sogar sagen, globale Dimension haben. Und wir sind offen für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Rücksicht auf die wechselseitigen Interessen.

In den letzten Monaten waren der deutsche Außenminister und die Bundeskanzlerin in Russland. Ist das ein Zeichen für eine Erwärmung?
Die Zeit stellt alles langsam, aber sicher an seinen Platz. Sie bringt selbst die konsequentesten Kritiker Russlands dazu, einzuräumen, dass die Sprache der Sanktionen, des Drucks und der Drohungen gegenüber unserem Land nichts bringen. In dieser Situation wird man sich in Deutschland immer mehr bewusst, dass eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen notwendig und unumgänglich ist und die zerstörten Netze der Zusammenarbeit wieder geknüpft werden müssen. Entsprechende Signale erhalten wir von Vertretern gesellschaftspolitischer, kultureller, zivilgesellschaftlicher und Geschäftskreise sowie auch von einfachen Bürgern.
Der politische Dialog entwickelt sich. Der russische Präsident hat in diesem Jahr Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel zwei Mal getroffen, hat Gespräche mit den obersten Vertretern der Bundesländer und deutscher Großunternehmen geführt. Zudem realisieren wir gemeinsam bedeutende Projekte im kulturellen und humanitären Bereich, in Wissenschaft, Geschichte und im Bereich Erinnerung und Gedenken.
Positive Momente zeichnen sich auch in Handel und Wirtschaft ab. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stieg der gegenseitige Warenaustausch um 25 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es werden gemeinsame Projekte im Bereich Innovation, Hochtechnologie und Energiewirtschaft umgesetzt. Die Investitionsaktivitäten nehmen zu. Wir begrüßen diese Tendenzen.

Ist denn eine Wiederherstellung des vollwertigen Mechanismus der zwischenstaatlichen Konsultationen (auf der Ebene der Staatsoberhäupter) zu erwarten?
Wir rechnen damit, dass das früher oder später passiert. Einstweilen hat die Deutsch-Russische Strategische Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Finanzen ihre Arbeit wiederaufgenommen.
Die Unterarbeitsgruppen der Hochrangigen Gruppe für Sicherheitspolitik ebenso. Parallel dazu sind bei uns intensive Konsultationen zwischen den Außenministerien, den Regionen und den Vertretern der Öffentlichkeit im Gange. Es sei nur an den Petersburger Dialog oder die Potsdamer Begegnungen erinnert. Wir haben die Hoffnung, dass wir allmählich zum wichtigsten Format zurückkehren, den zwischenstaatlichen Konsultationen.

Wie aktuell ist derzeit das Format Petersburger Dialog, der in einer Zeit ins Leben gerufen wurde, als die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland weitaus herzlicher waren?
Der Petersburger Dialog ist ein notwendiges und nützliches Format des Zusammenwirkens der Gesellschaften Russlands und Deutschlands. Noch dazu in problematischen Zeiten, wo andere Formate der Verständigung „eingefroren“ wurden. Seine einzigartige Plattform gibt Vertretern aus Öffentlichkeit, Politik, Kultur und Kunst in einem offenen, informellen Rahmen die Möglichkeit, Meinungen über gegenseitig interessierende Fragen auszutauschen und die Position des Partners aus erster Hand zu erfahren. Wir sind sicher, dass auch der nächste Petersburger Dialog in Berlin am 23. und 24. November zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der russischen und deutschen Gesellschaft beitragen wird.

Erwartet die russische Seite von den deutschen Partnern eine Aussage über das neue amerikanische Sanktionspaket, das eine potenzielle Gefahr für die russisch-deutschen Projekte im Energiebereich darstellt?
Die nüchtern denkenden deutschen Politiker und Geschäftsleute sind sich bewusst, welche negativen Folgen für die europäische und deutsche Wirtschaft die exterritoriale Anwendung des amerikanischen Rechts haben kann. Auch das offizielle Berlin hat seine Position zur Einführung neuer Sanktionen gegen Russland ziemlich deutlich gemacht, die vor allem eine Einschränkung der Zusammenarbeit mit europäischen Unternehmen im Energiebereich implizieren. Ich glaube, dieses Signal haben alle vernommen.

Wie hat sich ihrer Meinung nach der Skandal um die Siemens-Turbinen auf die bilateralen Beziehungen ausgewirkt?
Ich würde in Bezug auf diesen Fall nicht von einem Skandal sprechen. Die Rede ist von einem Streit der Wirtschaftssubjekte, der gerichtlich beigelegt werden muss. Zudem halten wir es für kontraproduktiv, diese Frage zu politisieren.
Die von Deutschland im Siemens-Kontext angeregte Erweiterung der Sanktionen sowie die Aufblähung der Informationskampagne, in deren Rahmen De-facto-Behauptungen zugelassen werden, wonach russische Unternehmen unfähig sind, Verträge zu erfüllen, sind gänzlich inakzeptable Schritte, die einer zivilisierten Lösung des Problems nicht dienlich sind. Wir sagen das auch unseren deutschen Partnern.

Ist denn ein Fortschritt in den bilateralen Beziehungen nach den Wahlen in der Bundesrepublik zu erwarten?
Wir sind optimistisch. Wir gingen und gehen stets davon aus, dass es zu gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern keine Alternative gibt und dass diese Beziehungen strategischer Natur sind. Von ihrem Zustand hängt in Europa und der Welt sehr viel ab. Je länger sie „eingefroren“ bleiben, desto mehr ungelöste Probleme wird es geben, desto schwieriger wird es werden, sie auf das frühere Niveau zu bringen. Wir respektieren die Wahl des deutschen Volkes und werden mit der neuen Bundesregierung im Interesse unserer Länder und Völker zusammenarbeiten. Es ist an der Zeit, unsere Zusammenarbeit auf die traditionellen strategischen Gleise zurückzuführen. Wir sind dazu bereit.

Das Gespräch führte Galina Dudina, diplomatische Korrespondentin der Zeitung Kommersant.

SERGEJ NETSCHAJEW IST DESIGNIERTER BOTSCHAFTER IN BERLIN

Sergej Netschajew soll Nachfolger von Vladimir Grinin als Botschafter Russlands in Deutschland werden. Netschajew, der bisher Leiter der Europaabteilung 3 des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation war, ist 1953 geboren. Er studierte an der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau und an der Diplomaten-Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation. Seit 1977 arbeitet Netschajew im Außenministerium. Er war in Auslandseinrichtungen in der DDR, der Mongolei und der BRD tätig. Von 2001 bis 2003 war er Generalkonsul Russlands in Bonn, von 2010 bis 2015 Botschafter in Österreich, anschließend Leiter der Europa-Abteilung 3. Netschajew ist verheiratet und hat einen Sohn.

Verdeckter Krieg

Weshalb Deutschland an der Seite der ukrainischen Freiheitsbewegung stehen muss

VON MARIELUISE BECK

Manchmal muss man einen Blick zurück werfen, um scheinbare Selbstverständlichkeiten wertzuschätzen: Anfang der 1980er-Jahre standen sich zwei rivalisierende und hochgerüstete Militärblöcke gegenüber. Es gab eine reale atomare Bedrohung. Durch Deutschland zog sich eine schier unüberwindbare Mauer.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs taten sich neue Freiheiten und wunderbare Möglichkeiten auf. Die Überwindung der Blockkonfrontation ermöglichte dem 1945 gewaltsam geteilten Europa, wieder zusammenzuwachsen. Bereits in den 1980er-Jahren hatte sich diese Tendenz abgezeichnet. Es sei daran erinnert, dass schon unter Leonid Breschnew mit dem KSZE-Prozess gemeinsame Vertragswerke zwischen Ost und West geschaffen wurden, die den Verzicht auf gewaltsame Grenzrevisionen und die Anerkennung universeller Bürgerrechte einschlossen.

Die nach dem Zerfall der Sowjetunion auch von Russland unterzeichnete Charta von Paris manifestierte die völkerrechtliche und freiheitliche Architektur Europas: Die Integrität der Grenzen, die Anerkennung der Souveränität und die freie Bündniswahl wurden allen Ländern garantiert. Die Ukraine, seit ihrer Unabhängigkeit 1991 immerhin drittgrößte Atommacht der Welt, gab mehr als eintausend Atomsprengköpfe freiwillig ab. Dafür versprachen Moskau, Washington und London im Budapester Memorandum umfängliche Sicherheitsgarantien, darunter die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen.

Verschiedene Regierungen der Ukraine, darunter auch die von Präsident Viktor Janukowitsch, bemühten sich in den Jahren seit der Unabhängigkeit um eine Annäherung an die Europäische Union. Dies führte zu einem Assoziierungsvertrag, der die Öffnung nach Westen ermöglichen sollte, ohne die Verbindungen nach Osten zu kappen.

Mit der Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion dokumentierte der Kreml, dass er ein anderes Spiel spielen wollte. Die Zollunion hat das Entweder-Oder zum Grundsatz. Sie bindet ihre Mitglieder ausschließlich an die Seite Moskaus. Sie ist Symptom für die Grundhaltung des Kremls, der – das wurde auch 2008 in Georgien sichtbar – darauf aus ist, seine alte Machtsphäre wiederherzustellen. Deshalb durfte sich die Ukraine auch nicht die Freiheit nehmen, sich gen Westen zu wenden.

Der weitere Fortgang der Geschichte ist bekannt: Janukowitsch reiste aus Moskau mit der Nachricht nach Kiew zurück, das in der Ukraine allseits erwartete Assoziierungsabkommen nicht zu unterzeichnen. Als ein Bürgeraufstand diese Entscheidung nicht hinnehmen wollte und nach dem massiven Einsatz staatlicher Gewalt das repressive und kleptokratische System Janukowitsch insgesamt infrage stellte, marschierte plötzlich russisches Militär auf der Krim auf. Der Vorwand, die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine habe geschützt werden müssen, ist ein alter Hut in der Machtpolitik des Kremls. Er kam ähnlich bereits 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei zur Anwendung.

Zunächst behauptete die russische Führung, sie habe mit der militärischen Übernahme der Krim nichts zu tun, bis Wladimir Putin sich des Erfolgs seiner „Grünen Männchen“ brüstete. Nach einem Pseudo-Referendum unter ganz und gar undemokratischen Bedingungen und einer Sitzung des Krim-Parlaments unter vorgehaltener Waffe, zu der Gegner eines Anschlusses gar nicht erst hereingelassen wurden, erfolgte nur wenige Tage später die Annexion durch Russland.

Mit diesem völkerrechtswidrigen Akt ist die europäische Friedensordnung massiv erschüttert worden. Eine neue, gefährliche Asymmetrie tat sich auf: Der Kreml hat gezeigt, dass er zur Durchsetzung seiner Interessen auch militärisch eingreift, während der Westen jede militärische Auseinandersetzung mit Russland scheut.

Kritiker wenden ein, dass bereits mit der Intervention im Kosovo die europäische Friedensordnung infrage gestellt worden sei. Doch dieser Vergleich hinkt. Die Kosovo-Intervention fand nach dem Genozid in Bosnien statt, der durch ebenjene Militärs angerichtet worden war, die nunmehr im Kosovo aufmarschierten. Es gab eine UN-Resolution zum Schutz der Kosovaren, es wurde acht Jahre lang im internationalen Format über den Status des Kosovo verhandelt – und vor allem gab es keine Annexion.

Doch mit der gewaltsamen Angliederung der Krim endete das militärische Vorgehen Russlands gegen die Ukraine nicht. Es liegt offen zutage, dass die sogenannten Separatisten im Donbass durch den Kreml gesteuert sind. Die selbsternannten Herren des Donbass könnten ohne umfangreiche militärische und finanzielle Unterstützung aus Russland ihre Macht nicht aufrechterhalten.

In Minsk hat die Ukraine aus einer Situation der Schwäche heraus Moskau und seinen Stellvertretern viele Zugeständnisse gemacht. Während Russland sich dahinter versteckte, dass die „Separatisten“ nicht steuerbar seien und der Westen diesen Mythos gerne glaubte, weil er eine Konfrontation mit Moskau vermeiden wollte, baute der Kreml seine faktische Macht im Donbass systematisch aus. Der hybride Krieg gegen die Ukraine wird militärisch, wirtschaftlich und propagandistisch fortgesetzt. Und es wurde alles für einen De-facto-Anschluss eingeleitet – die Einführung des Rubels, neue russische Schulbücher, neue Pässe und, wie Datenleaks bezeugen, ein Durchgriff Russlands auf die selbsternannten Regierungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Damit erlangen diese Gebiete den Status des von Georgien abgetrennten Abchasien. Der OSZE bleibt eine flächendeckende Beobachtung des Kampfgeschehens, der auch Russland in den Minsker Vereinbarungen zugestimmt hat, verwehrt. Auch wenn Verletzungen des Waffenstillstands

SHUTTERSTOCK

diesseits und jenseits der Kontaktlinie festgehalten werden, bleibt festzuhalten, dass die ukrainische Armee völkerrechtlich gesehen das Recht wahrnimmt, eigenes Territorium zu verteidigen, während die „Separatisten“ die Souveränität der Ukraine angreifen. Die militärischen Aktivitäten Russlands in der Ostukraine sind als Aggression von außen zu werten. Damit sind die Kriterien eines internationalen Konflikts erfüllt, was nichts anderes heißt, als dass Russland in der Ukraine einen verdeckten Krieg führt.

Vermutlich gibt es in Europa kaum eine Gesellschaft, die stärker als die deutsche einen tiefen Wunsch nach engen, freundschaftlichen Beziehungen mit Russland hegt. Es bleibt jedoch eine historische Tatsache, dass der deutsche Angriffskrieg auf die Sowjetunion auch und vor allem die Menschen auf den Territorien getroffen hat, die zwischen Berlin und Moskau liegen. Der amerikanische Holocaustforscher Timothy Snyder bezeichnet diese Region als „Bloodlands“. Sie umfasst nicht nur das heutige Russland, sondern auch das Baltikum, Polen, Belarus und die Ukraine.

Als schwarze Zeit unserer gemeinsamen Geschichte muss der Hitler-Stalin-Pakt bezeichnet werden. Beide totalitären Regime trafen ihre Vereinbarungen auf Kosten Dritter. Die Achse Berlin-Moskau bedeutete für die dazwischen liegenden Länder mehr als einmal in der Geschichte großes Unheil.

Dieses Bewusstsein muss die deutsche und die russische Außenpolitik kennzeichnen. Für uns in Deutschland, deren Wehrmacht auf ukrainischem Boden in unvorstellbarer Weise gewütet hat, bedeutet das eine Verpflichtung nicht nur gegenüber den Menschen in Russland, sondern auch der heutigen Ukraine. Deswegen hat Deutschland eine besondere historische Verantwortung gegenüber dem gerechtfertigten Streben der ukrainischen Bürgerinnen und Bürger nach Unabhängigkeit und Freiheit.

Eine Verständigung mit Russland liegt im europäischen Interesse. Sie kann aber nicht auf dem Rücken der Ukraine und der anderen „Zwischenländer“ erfolgen. Wir müssen wieder zu einer friedlichen Zusammenarbeit auf der Basis der Prinzipien von Helsinki und Paris finden.

Marieluise Beck ist Mitglied des Bundestags für die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Sie gehört dem Vorstand des Petersburger Dialogs an.

In der Sackgasse

In der Ukraine hat sich gezeigt, dass Waffen weder zu Veränderung noch zu einem Sieg führen

VON FJODOR LUKJANOW

Es hat sich so ergeben, dass ich im Winter 2015 und im Sommer 2017 länger als sonst in Berlin sein konnte. Die Geschehnisse, die als Minsker Prozess bezeichnet werden, habe ich in Momenten höchster Anspannung (wie damals) und höchster Ungewissheit (wie derzeit) verfolgt. Und ich habe sie teilweise mit den Augen eines Landes beobachtet, das versucht hat, durch Übernahme von diplomatischer Verantwortung eine unmittelbare Konfrontation zu verhindern.

Vor zweieinhalb Jahren war in der Ukraine eine erbitterte bewaffnete Auseinandersetzung im Gange. In Deutschland sprach man sorgenvoll (um es milde zu formulieren) von einem möglichen Krieg europäischen Ausmaßes. Im Herbst 2014 scheiterte der erste Versuch, in Minsk zu einer Vereinbarung zu kommen. Alle Parteien waren der Meinung, dass sie „bis zum Ende weiterkämpfen“ müssten – nicht, um den endgültigen Sieg zu erringen (diesen Illusionen gab sich bereits niemand mehr hin), sondern um sich in eine günstigere Position zu bringen, um einen Vorteil beim weiteren Manövrieren zu haben. Das Blutvergießen war sinnlos und erinnerte an die schlimmsten Zeiten des Bosnien-Krieges mit seiner Logik als Stellungskrieg, der jedoch nicht weniger grausam war.

Die häufigste Reaktion des Westens auf die Ukraine-Krise war, dass die nach dem Kalten Krieg für beendet erklärte Geschichte zurückgekehrt sei, und zwar in ihren unschönen, archaischen Erscheinungsformen. Zurückgekehrt ist damit auch das Bedürfnis nach einer echten Diplomatie, wie es sie vor Jahrzehnten, ja sogar vor Jahrhunderten gab.

Die Besonderheit der Diplomatie der 1990er- und in entscheidendem Maße auch der 2000er-Jahre bestand darin, dass sie bei allen noch so schwierigen Verhandlungen zugegen war, und deren Ergebnis für sie alternativlos feststand. Unter den Bedingungen der ideologisch-politischen und militärischen Dominanz des Westens in jedem existenten Konfliktherd, sei es Jugoslawien oder Osttimor, Libyen oder Irak, gab es die „Guten“ und die „Bösen“. Und es stand nur die Frage, zu welchen Bedingungen die „Bösen“, die auf der falschen Seite der Geschichte standen, eine Niederlage hinnehmen würden. Anfang und Mitte der 1990er-Jahre hat man den „Bösen“ vom Schlage eines Slobodan Milošević noch bestimmte Optionen geboten, Ende des 20. Jahrhunderts wurde dann nur noch die Kapitulation erwartet.

Was von 2010 an in der Ukraine und in Syrien passierte, hat sich beinahe zu einem Schock entwickelt. In Gestalt Russlands, das sein militärisches und politisches Potenzial forcierte, entstand eine Macht, die die Einteilung in „gut“ und „böse“ in Zweifel zog und damit das Modell mit einer von vornherein bekannten „Verliererseite“ ablehnte.

Im Grunde genommen war dies nichts Einzigartiges. Über die gesamte Geschichte hinweg haben die Großmächte nicht nur ihre Favoriten gehabt, sondern auch ihre Vorstellungen vom Soll und Haben, von Moral und Gerechtigkeit. Nach dem Kalten Krieg jedoch machte sich das Gefühl breit, dass es nur eine richtige Betrachtungsweise gibt, die es zu verfechten galt. Das Eingreifen Russlands in die politischen Konflikte in Osteuropa und im Nahen Osten machte nicht nur ein geopolitisches Interesse und eine Einflusssphäre geltend, sondern auch ein anderes Weltbild.

Damit im Zusammenhang steht auch das derzeit häufig diskutierte postfaktische Phänomen. Es geht nicht nur um die bewusste Verfälschung der Realität und die Erosion von allem und jedem; das ist die instrumentelle, angewandte Seite. Allgemein jedoch bedeutet die postfaktische Politik das Ende des Monopols auf die „richtige Seite der Geschichte“, in der es nur eine Wahrheit geben kann. Und vor dem kulturell-historischen Hintergrund und der Vorgeschichte ist kein Platz für unterschiedliche Interpretationen.

Es ist doch absolut klar, dass die Russen beispielsweise die Ukraine nicht so betrachten können, wie es die Deutschen oder die Amerikaner tun. Und es geht nicht darum, wer Recht hat und wer nicht, sondern darum, dass die Blickwinkel völlig verschiedene sind.

Der Minsker Prozess, wie auch die Lösung des Syrien-Konflikts ist die Rückkehr zur Diplomatie mit einem offenen Finale, bei dem das Ergebnis nicht vorherbestimmt ist. Das ist hart, da in einer bestimmten Etappe die Argumente am Verhandlungstisch zu Handlungen der Militärs werden. In der Geschichte war das nie anders. Die Aufgabe der Diplomatie ist es, diese Phase zu minimieren. Die im Februar 2015 geschlossenen Vereinbarungen geboten dem weiteren Drehen an der Kriegsspirale Einhalt, indem bestimmte Rahmen gesetzt wurden.

Zweieinhalb Jahre später sind viele der Meinung, dass der diplomatische Prozess sich erschöpft hat, es jedoch keine andere Möglichkeit gibt, die ein Abgleiten in einen Krieg verhindern könnte. So, wie es in Wirklichkeit auch kein bekanntes Finale gibt, obwohl die Abkommen von Minsk eine Road Map sind, um zu diesem Finale zu gelangen. Dabei stößt man auf zahlreiche Hindernisse politischer und mentaler Natur. Da das Vertrauen auf dem Nullpunkt ist – ein Erbe des Jahres 2014 – wird der Prozess von Minsk zu einem Drehen im Kreis.

Ungeachtet dessen, dass der Minsker Prozess und die Lösung des Syrienkonflikts unterschiedliche Aspekte einer Erscheinung reflektieren, besteht zwischen ihnen ein wesentlicher Unterschied. In Syrien wurde die Situation mit Waffengewalt verändert, die Diplomatie folgte erst später. In der Ukraine hingegen zeigte sich, dass Waffen machtlos sind, die Situation grundlegend zu verändern, schon gar nicht zu einem Sieg verhelfen können. Damit rückte die Diplomatie insgesamt in den Vordergrund, jedoch von einem ganz anderen Standpunkt aus.

Zu Beginn des Herbstes 2017 sind alle diese Konflikte festgefahren, weil keinerlei qualitative Veränderungen erfolgen. Eine Sackgasse nutzt niemandem. Doch ist es für die ukrainische Seite von Vorteil, ein Schwelen aufrechtzuerhalten, nur um weiterhin die Aufmerksamkeit des Westens auf sich zu ziehen, die dennoch bereits langsam verlorengeht.

Es treten freilich neue Akteure auf den Plan. Entgegen den Erwartungen, dass Donald Trump an der Ukraine kein Interesse zeigt, verbindet er mit ihr anscheinend Pläne. Demokratie in Kiew kümmert ihn wenig. Dafür soll Osteuropa den Weg für amerikanische Flüssiggaslieferungen in die Alte Welt ebnen, was derzeit allerdings nur ein politisches Motiv ist, denn auf dem Markt ist dieses Gas nicht wettbewerbsfähig). Das ist es, was den US-Präsidenten umtreibt.

Der Minsker Prozess hat gezeigt, dass die Geschichte sich wiederholt. Allerdings wiederholt sie sich bekanntlich nicht eins zu eins. Das Entscheidende ist: Es ist unklar, was man mit ihr machen soll, denn derzeit hat wohl niemand den Drive, die Welt und Europa neu zu gestalten. Diesen Drive gab es gleich nach dem Ende des Kalten Kriegs, im Westen, dann geriet er im neuen Jahrtausend ins Stolpern und nun sind die Anstrengungen aller nicht nach außen gerichtet, sondern nach innen gekehrt. Die Konflikte der Epoche der aktiven Expansion der einen und die Gegenoffensive der anderen, wozu auch die Ukraine gehört, sind weiterhin ein Klotz am Bein. Das Gesicht zu wahren, bleibt politischer Imperativ, vor allem innenpolitisch. Das betrifft sowohl Angela Merkel als auch Wladimir Putin, Petro Poroschenko und sogar Donald Trump, der von inneren Feinden umzingelt ist. Das innenpolitische Motiv ist zuweilen ein größeres Problem als – wie die Diplomaten in ihrer schauerlichen Beamtensprache sagen – „gegenseitig annehmbare Lösungen“ zu finden.

Fjodor Lukjanow ist Chefredakteur der Zeitschrift Russia in Global Affairs.

Fairness und Frieden

Eine stabile Ordnung in Europa wird es nur geben, wenn alle Staaten dieselben völkerrechtlichen Normen akzeptieren, Grenzen respektieren und auch die größeren Staaten sich um Interessenausgleich bemühen

VON KARSTEN D. VOIGT

Wenn Russen und Deutsche von ihrer wechselvollen Geschichte sprechen, erinnern sie an Höhen und Tiefen, an Perioden der Zusammenarbeit und der Konfrontation. Bei allen Unterschieden sind beide wie selbstverständlich davon überzeugt, dass ihre Beziehungen Entwicklungen in Europa insgesamt beeinflusst haben, positiv wie negativ.

Die deutsch-russischen Beziehungen spielen in den historischen Narrativen der westlichen Nachbarn Russlands und der östlichen Nachbarn Deutschlands ebenfalls eine große Rolle. Aber ihre Perspektive unterscheidet sich: Sie wollen nie wieder Objekt von deutscher oder russischer Politik werden. Und sie wollen auch nicht, dass über ihre Köpfe hinweg über ihre Innen- und Außenpolitik und erst recht nicht über ihre Grenzen entschieden wird. Deutschland wird nur dann weiterhin von Freunden und Verbündeten umgeben sein, wenn es sich um gute Beziehungen zu den größeren Staaten in Europa und jenseits des Atlantiks bemüht und gleichzeitig auf die Interessen der kleineren Staaten in Europa Rücksicht nimmt.

Auch heute noch sind der politische Einfluss, die wirtschaftliche Stärke und die militärische Macht zwischen den Staaten Europas ungleich verteilt. Aber nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewann die Einsicht an Boden, dass es eine dauerhaft stabile Ordnung in Europa nur dann geben würde, wenn große und kleinere Staaten sich in ihrem Verhalten an den gleichen völkerrechtlichen Normen orientieren, sie wechselseitig ihre Grenzen respektieren und wenn sich auch die größeren Staaten um eine möglichst faire Balance zwischen den Interessen und Zielen kleinerer und größerer Staaten bemühen.

In der KSZE-Schlussakte von Helsinki von 1975 und der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 haben alle europäischen Staaten, einschließlich der USA und der damals noch existierenden Sowjetunion sich zu diesen gemeinsamen Normen einer europäischen Friedensordnung bekannt. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Normen wurde Russland Mitglied des Europarats. Russland hat die Unterschrift der Sowjetunion unter die Charta von Paris nicht zurückgezogen. Aber es verletzt durch sein Verhalten im Süd-Kaukasus und in der Ost-Ukraine seine Bestimmungen.

Die in der Charta verankerten Normen und Werte bleiben trotzdem gültig. Das gilt für Russland, aber selbstverständlich auch dann, wenn Mitgliedsstaaten der NATO das Völkerrecht verletzen. Eine Rückkehr zu einem „Konzept der Mächte“ oder ein neues „Jalta“ widerspricht den Überzeugungen und Interessen des heutigen Deutschlands.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und nach der Ost-Erweiterung von EU und NATO ist Deutschland das erste Mal seit hunderten von Jahren im Osten und Westen, im Norden und Süden von befreundeten und verbündeten Staaten umgeben. Der Erhalt dieser politisch, wirtschaftlich und geostrategisch günstigen Lage und vor allen Dingen die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Europäischen Union ist Deutschlands vorrangige außenpolitische Priorität. Bei allem Bemühen um eine enge Zusammenarbeit mit Deutschlands wichtigstem Partner außerhalb der EU, nämlich den USA, und mit dem für Deutschland wichtigsten Land östlich der Grenzen von EU und NATO, Russland: Wenn Mächte außerhalb oder innerhalb Europas dem Zusammenhalt innerhalb der EU und ihrer Stabilität entgegen arbeiten, dann muss Deutschland dieser Gefährdung seiner Interessen entschlossen entgegentreten.

Das Gleiche gilt, wenn eine Regierung die normativen Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben in Europa durch ihr Reden und Handeln infrage stellt. Wenn Deutschland ein solches Verhalten akzeptieren würde, dann würde es zur Erosion derjenigen völkerrechtlichen Normen beitragen, deren Einhaltung für jede Art einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung unverzichtbar sind. Auch nach den Wahlen wird die Mehrheit des Bundestags an dem Ziel einer europäischen Friedensordnung festhalten – möglichst unter Einschluss Russlands. Daraus ergibt sich logisch, dass die gleiche Mehrheit die Verletzung der für eine europäische Friedensordnung grundlegenden Normen und Werte verurteilen muss.

Ich kenne in allen Fraktionen des Bundestags Abgeordnete, die für die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland eintreten. Aber ich halte es für äußerst unwahrscheinlich, dass sich im Bundestag eine Mehrheit für die Aufhebung dieser Sanktionen findet, solange Russland seine Politik gegenüber der Ost-Ukraine nicht grundlegend ändert. Aber der kriegerische Konflikt in der Ost-Ukraine hat auch gezeigt, dass die OSZE und andere Instrumente der kooperativen Sicherheit gestärkt werden müssen. Zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen und eine erhöhte Transparenz der militärischen Entscheidungen sind dringend geboten.

DPA

Mit einem „Familienfoto” der Staats- und Regierungschefs von 34 Staaten begann das dreitägige KSZE-Treffen in Paris im Elysee-Palast. Drei Tage später, am 21. November 1990, unterzeichneten sie die “Pariser Charta für ein neues Europa”, die einen Schlusstrich unter die Konfrontation der Blöcke in der Nachkriegszeit ziehen sollte.

„Im Bundestag wird sich keine Mehrheit für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland finden, solange Moskau seine Politik gegenüber der Ost-Ukraine nicht grundlegend ändert.“

Aus deutscher Sicht ist es besonders bedauerlich, dass es Russland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht geglückt ist, ein partnerschaftliches Verhältnis zu seinen kleineren westlichen Nachbarn zu entwickeln. Es gab hoffnungsvolle Ansätze im Dialog über die polnisch-russische Geschichte. Aber diese sind spätestens mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine gescheitert. Die gegenwärtige Geschichtspolitik der russischen Führung machen es unwahrscheinlich, dass es in absehbarer Zukunft zur Wiederaufnahme eines konstruktiven Dialogs über die wechselseitigen historischen Narrative und damit verbundene nationale Mythen kommen könnte. Dies gilt umso mehr, als auch in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten die Abkehr von einer kritischen Reflexion der eigenen Geschichte und die Rückkehr zu nationalen Mythen zu beobachten ist.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine deutsche Bundesregierung über die Köpfe der betroffenen Staaten hinweg sich gegenüber der russischen Führung verpflichten würde, eine Erweiterung der NATO oder der EU zu blockieren. Dabei geht es gar nicht darum, dass eine Erweiterung der NATO oder der EU um beispielsweise die Ukraine auf unabsehbar lange Zeit unwahrscheinlich ist. Es geht vielmehr darum, dass eine derartige Zusage einer Bundesregierung gegenüber Russland den in der Charta von Paris vereinbarten Normen einer gleichberechtigten Zusammenarbeit der europäischen Staaten und ihrer freien Bündniswahl widersprechen würde.

Die Grundprinzipien der Entspannungspolitik sind hochaktuell: dem Ziel einer europäischen Friedensordnung durch eine „Politik der kleinen Schritte“ näher zu kommen und trotz grundsätzlicher Meinungsunterschiede sich um eine möglichst kooperative Form der Konfliktbewältigung zu bemühen und jede Gewährleistung der ausreichenden Verteidigungsfähigkeit immer mit dem Bemühen um Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung zu verbinden. Aber die geostrategische Lage hat sich gegenüber den 1970ern und 1980ern des vorigen Jahrhunderts völlig verändert.

Damals waren die Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei und anderen ost- und südosteuropäischen Staaten politisch und militärisch Teil der deutschen Ostpolitik. Heute sind sie aufgrund der Mitgliedschaft dieser Staaten in der EU und der NATO institutionell und politisch Teil von dem, was früher zur Westpolitik der Bundesrepublik gehörte. Damals mussten unsere östlichen Nachbarn bei Verhandlungen und Verträgen auf die Interessen der sowjetischen Führung Rücksicht nehmen. Heute orientieren sich unsere östlichen Nachbarn häufig eher an Washington und Brüssel als an Berlin – und auf jeden Fall nicht an Moskau.

Russland ist für Deutschland weiterhin das wichtigste Land östlich der Grenzen von EU und NATO, sei es als potenzieller Partner oder als Herausforderung. Es ist aber für die deutsche Politik nicht wichtiger als die Gesamtheit unserer Beziehungen zu den anderen Staaten östlich von uns. Dies gilt nicht nur für die wirtschaftlichen Beziehungen: Die Bedeutung unserer östlichen Nachbarn hat vor allem deshalb zugenommen, weil sie die politischen Entscheidungen innerhalb der EU und NATO beeinflussen.

Schon aus Eigeninteresse wird jede Bundesregierung versuchen, Deutschlands östliche Nachbarn als Partner zu gewinnen. Das aber kann sie nur, wenn sie bereit ist, Rücksicht auch auf deren Interessen und Emotionen zu nehmen. Die multilaterale Einbettung der Außen- und Sicherheitspolitik ist für Deutschland ein Muss, nach Auffassung der Präsidenten der USA und Russlands für ihre Regierungen ein Kann.

Sich um Zusammenarbeit zu bemühen, bedeutet nicht, bestehende Differenzen bei den Interessen und Werten zu unterschätzen. Zu versuchen, Russland zu verstehen, bedeutet auch nicht, Russland in allen Fragen zuzustimmen. Gerade während einer Krise bleibt eine intensive Kommunikation eine unabdingbare Voraussetzung für deren friedliche Überwindung. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob unter diesen veränderten außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen eine neue und andere Form der Ostpolitik Chancen hat.

Karsten D. Voigt war von 1976 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags, von 1983 an außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „IM OSTEN NICHTS NEUES“

nicht in erster Linie gegen Russland gerichtet waren. Aber dass sie in Moskau als Gefährdung der russischen Zweitschlagsfähigkeit verstanden und in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausdehnung des Atlantischen Bündnisses bis an die Grenzen Russlands betrachtet wurden, konnte eigentlich niemanden überraschen.

Selbstverständlich muss die NATO mit höchster Aufmerksamkeit beobachten, wie der Kreml zum Beispiel im Baltikum darauf reagiert. Denn das russische Herbstmanöver, an dem in diesem Jahr 100 000 Mann mit zum Teil hochmodernen Verbänden teilnehmen, stellt eine potenzielle Gefährdung der baltischen Staaten dar, der die Atlantische Allianz im Zweifelsfall kurzfristig nichts entgegenzusetzen hätte.

Aber ist diese Sorge überhaupt begründet? Sollte man im Kreml tatsächlich nicht wissen, welche Folgen ein Angriff auf einen NATO-Partner zeitigen könnte? Oder geht man dort womöglich davon aus, dass es den Westen als Wertegemeinschaft und als handlungsfähigen Verbund schon nicht mehr gibt? Anlässe für eine solche Wahrnehmung gäbe es. Denn seit mit dem Untergang der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts die nach innen verbindende äußere Bedrohung abhanden gekommen ist, sind die Auflösungserscheinungen unverkennbar.

Die amerikanische Russland- wie auch Europapolitik tut ein Übriges. Und das gilt nicht nur für Präsident Donald Trump, der mit „America First“ eine Maxime zur Parole erklärt hat, der im Übrigen seit 1945 sämtliche amerikanische Präsidenten gefolgt sind. Vielmehr treibt auch der Kongress mit seiner einseitig verschärften Sanktionspolitik gegenüber Russland einen Keil in die westlichen Gemeinschaften, allen voran in die Europäische Union. Mit dem erklärten Widerstand gegen die Ostseepipeline Nord Stream, die nach Inbetriebnahme des zweiten Strangs 2019 jährlich 110 Milliarden Kubikmeter russischen Gases von Sibirien nach Europa transportieren soll, stärken Repräsentantenhaus und Kongress jene Kräfte innerhalb der EU, die wie Polen oder die baltischen Staaten gegen das Projekt mobil machen. Dabei hatte die EU diese Pipeline mit gutem Grund schon früh als Teil des Transeuropäischen Energienetzes und als „Projekt von europäischem Interesse“ eingestuft.

Die Amerikaner wissen, was sie da tun. Ihre neue Sanktionspolitik soll nicht zuletzt die europäische Tür für die eigenen Geschäfte offenhalten. Sollten diese Sanktionen als Warnschuss vor den russischen Bug gedacht sein, wären sie sinnlos. Putin ist kein Hasardeur. Er weiß, dass eine direkte militärische Konfrontation mit dem Westen hochriskant wäre; und er weiß auch, dass insbesondere Europa als Handelspartner nicht zu ersetzen ist, im Gegenteil.

Je offensiver und erfolgreicher China weltweit auf diesem Terrain operiert, umso wichtiger wird Europa für Russland. Je unsicherer die Verhältnisse in vielen rohstoffreichen Gegenden der Welt werden, umso wichtiger sind die russischen Gas- und Öllieferungen für Europa, die allerdings nicht einen Umfang annehmen dürfen, der die Abnehmer einseitig abhängig und damit womöglich erpressbar macht.

Es trifft zwar zu, dass Russland beziehungsweise die Sowjetunion seit Beginn der sogenannten Erdgasröhrengeschäfte in den 1970er-Jahren niemals vertragsbrüchig geworden sind. Aber das muss nicht für alle Ewigkeit gelten. Dass der Kreml jüngst vier Gasturbinen, die Siemens mit einem russischen Partner produziert hatte, auf der Krim installierte und damit nicht nur die von Deutschland mitgetragenen Sanktionen unterlief, sondern sich auch über anderslautender Zusagen hinwegsetzte, gibt zu denken.

Welche Schlüsse man auch immer daraus zieht, auf eine signifikante Beschneidung oder gar einen Abbruch der Kooperation zwischen Russland und Europa dürfen sie nicht hinauslaufen. Denn eine Alternative zu dieser Zusammenarbeit gibt es nicht – für Russland nicht, und für Europa auch nicht.

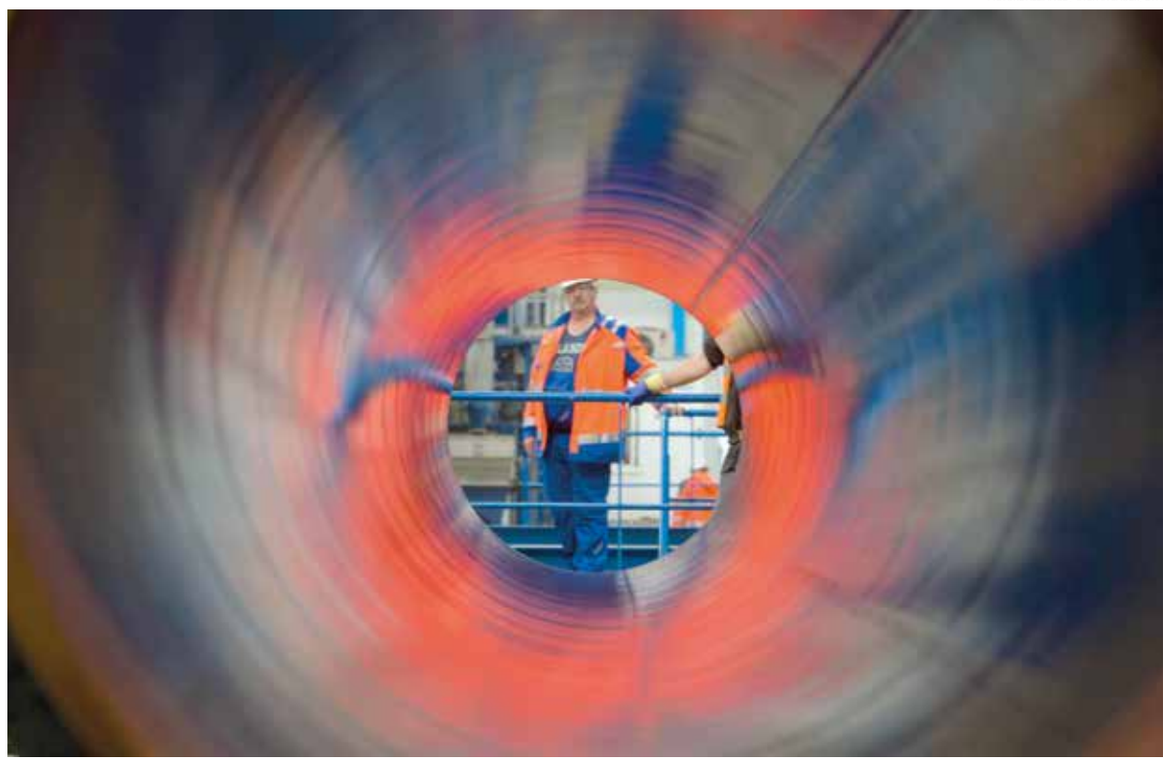
Gregor Schoellgen lehrt Neueste Geschichte an der Universität Erlangen. Sein neues Buch „Krieg. Hundert Jahre Weltgeschichte“ erscheint am 9. Oktober bei DVA.

Volles Rohr

Die neuen US-Sanktionen, die den Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2 betreffen können, haben die Chancen für die Umsetzung des Projekts eher erhöht

VON JURI BARSSUKOW

PICTURE ALLIANCE / STEFAN SAUER/DPA



Vielschichtige Angelegenheit: In einer Fabrik auf der Insel Rügen werden die Rohre für die Pipeline Nord Stream 2 gefertigt. Die Ummantelung mit Stahlbeton verleiht ihnen das nötige Gewicht für die Verlegung auf dem Meeresboden.

Die harschen Worte, mit denen der deutsche Außenminister und der österreichische Bundeskanzler Mitte Juni über die zu der Zeit erst im Entwurf vorliegenden neuen Sanktionen der USA gegen die Erdgasleitung Nord Stream 2 öffentlich kritisiert haben, waren wie Balsam für die Herzen russischer Diplomaten und Gazprom-Topmanager. War das doch genau das, was sich die russische Seite seit dem Beginn der Ukraine-Krise von 2014 erhofft hatte.

„Unternehmen in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Staaten auf dem US-Markt mit Bestrafungen zu drohen, wenn sie sich an Erdgasprojekten wie Nord Stream 2 mit Russland beteiligen oder sie finanzieren, bringt eine völlig neue und sehr negative Qualität in die europäisch-amerikanischen Beziehungen“, hieß es in der gemeinsamen Erklärung von Sigmar Gabriel und Christian Kern. Daraufhin folgten noch weniger verblümte Äußerungen von Vertretern der deutschen Wirtschaft, denen zufolge die europäische Energiepolitik „kein Spielzeug in den Händen der USA sein“ dürfe.

„Das Projekt Nord Stream 2 sieht direkte Erdgaslieferungen nach Deutschland unter Umgehung der Ukraine vor.“

Es scheint so, als hätten die US-Gesetzgeber höchstpersönlich den europäischen Befürwortern von Nord Stream 2 eine mächtige Waffe in die Hände gegeben, indem sie im Sanktionsgesetz ausdrücklich formulierten, dass die USA alles unternehmen müssten, um den Bau der Erdgasleitung zu verhindern und gleichzeitig die Lieferungen von Flüssigerdgas nach Europa zu erhöhen. Somit konnten zahlreiche europäische Politiker und Wirtschaftsvertreter behaupten, dass der Sinn der neuen Sanktionen einzig und allein darin bestünde, amerikanisches Flüssiggas (LNG, Liquefied Natural Gas) in den europäischen Markt zu drücken.

Seit Beginn der Ukraine-Krise, welche die Fortsetzung der langjährigen Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland im Erdgasbereich in Frage gestellt hat, gab es in der Europäischen Union zwei sich bekämpfende Meinungen. Die eine bestand darin, dass russisches Erdgas als Bezugsquelle nicht sicher sei, was anhand von Beispielen für Lieferstopps über die Ukraine in 2006 und 2009 belegt wurde. Im Kielwasser dieser Logik wurde empfohlen, beim Aufbau der europäischen Energieunion die Erdgaskäufe in Russland zu reduzieren und auf die Beschaffung von LNG zu setzen, um somit die „Abhängigkeit“ vom russischen Gas zu verringern. Die andere Konzeption, durch Gazprom öffentlich vertreten und von den europäischen sowie insbesondere deutschen Partnern dieses Unternehmens informell unterstützt, behauptet, dass die Ukraine als Transitland Ursache der wichtigsten Probleme in den Gasbeziehungen sei. Das Projekt Nord Stream 2 sieht direkte Erdgaslieferungen nach Deutschland unter Umgehung der Ukraine vor. Führende Energieunternehmen im „alten Europa“ haben es unterstützt, darunter die britisch-holländische Shell, die deutschen Uniper und Wintershall, OMV aus Österreich und Engie aus Frankreich. Das hat deutlich gemacht, dass die zweite Konzeption sich durchsetzt.

Genau darin lagen meines Erachtens das größte Problem und das größte Risiko für Nord Stream 2. Die Gegner des Projekts konnten keinerlei begründete Einwände gegen die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte der neuen Erdgasleitung vorbringen, weil die Erfahrungen aus Nord Stream 1 in diesen Bereichen positiv waren. Die Einwände gegen die rechtlichen Grundlagen des Projekts waren auch recht schwach, was selbst der Juristische Dienst der Europäischen Kommission einräumen musste.

Darum beschränkte sich die Diskussion rund um Nord Stream 2 ausschließlich auf politische Fragen: Wie kann die EU ein Projekt fördern, durch das die Ukraine erhebliche Einnahmen aus dem Transit verliert und welches gleichzeitig die Abhängigkeit Europas vom russischen Erdgas um weitere 40 bis 50 Jahre verlängert? Und das auch noch angesichts der Tatsache, dass die EU in der Ukraine-Krise Kiew unterstützt, Russland hingegen für den Täter hält und Sanktionen über das Land verhängt? Ich bin sehr häufig mit solchen Argumenten konfrontiert worden, beispielsweise während der Anhörungen zu Nord Stream 2 im Europäischen Parlament.

Gazprom und die Vertreter der beteiligten europäischen Unternehmen haben darauf immer geantwortet, dass Nord Stream 2 ein Wirtschaftsprojekt sei, das allen Regeln entspreche.

Diese öffentliche Position wurde bezogen, weil man anderenfalls den europäischen und auch den deutschen außenpolitischen Kurs gegenüber der Ukraine hätte kritisieren müssen, und das ist zwecklos und gefährlich.

Die Gegner der Erdgasleitung beharrten darauf, dass das Projekt, selbst falls es regelkonform sein sollte, der politischen Linie der EU in der Ukraine-Frage widerspräche (was kaum bestritten werden kann), also müsse man die Regeln ändern und den Bau der Leitung aus politischen Beweggründen untersagen.

Dieser Prozess läuft bereits: So beabsichtigt die Europäische Kommission, ein Mandat der EU-Mitgliedsländer für Verhandlungen mit Russland zum rechtlichen Status der Erdgasleitung zu erhalten. Parallel ist in Dänemark, durch dessen Hoheitsgewässer ein Teilabschnitt der Pipeline verlaufen soll, ein Gesetz in Vorbereitung, auf dessen Grundlage die Behörden die Genehmigung zur Verlegung der Gasleitung, unter anderem aus politischen Gründen und Sicherheitsbedenken, verweigern können.

In diesem Kontext haben die US-Sanktionen den Befürwortern von Nord Stream 2 Rückenwind gegeben. Der offenkundig pro-amerikanische Charakter dieser Maßnahmen hat die Europäische Kommission gezwungen, öffentlich für die Unterstützung von „europäischen Energieprojekten“ einzutreten, ganz zu schweigen von der klar geäußerten Haltung Deutschlands und Österreichs. Nunmehr ist es den europäischen Politikern und Wirtschaftsvertretern, die Nord Stream 2 unterstützen, möglich, das Projekt im politischen Raum öffentlich zu diskutieren, wovon sie in der Vergangenheit die Finger gelassen haben, weil sie dabei die Parteien im Ukraine-Konflikt und die Haltung der EU hätten kritisieren oder zumindest ihr Verhältnis dazu zum Ausdruck bringen müssen. Jetzt hingegen kann man wie zuvor die Idee der europäischen Energieunabhängigkeit verfechten, wobei man nunmehr nicht Russland meint, sondern die USA.

Bei alldem fällt die tatsächliche Bedeutung der US-Sanktionen für Nord Stream 2 bislang eher gering aus. Durchaus denkbar ist, dass sie überhaupt keine Bedeutung haben werden. Das durch den Kongress verabschiedete Gesetz räumt dem US-Präsidenten die Möglichkeit ein, Maßnahmen zu ergreifen, die wesentliche Investitionen in die Erdgasleitung untersagen. Bedenkt man die negative Reaktion der Europäer, so wird ein solches Verbot, selbst wenn sich Donald Trump dafür entscheiden sollte, wohl kaum besonders wirksam sein.

Juri Barssukow ist Leiter der Gruppe Brennstoff- und Energiewirtschaft der Zeitung Kommersant.

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „ZEHN GRÜNDE FÜR OPTIMISMUS“

5 Die soeben angesprochenen Punkte führen bei deutschen Investoren mittelfristig zu einer positiven Erwartungshaltung. Die größten unter ihnen haben in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt rund vier Milliarden Euro in bestehende und neue Geschäftsfelder in Russland investiert. Erneut sind richtungsweisende Projekte entstanden. So hat beispielsweise im Juni 2017 der Daimler-Autokonzern mit dem Bau eines Werks für die Pkw-Produktion im Gebiet Moskau begonnen.

6 Der deutsche Staat und deutsche Unternehmen investieren konsequent im Bereich der Qualifizierung russischer Führungs- und Arbeitskräfte. Die Zahl entsprechender Projekte nimmt ständig zu. Im ersten Halbjahr 2017 wurde (in Form einer Roadmap) ein Abkommen über die Qualifizierung russischer Mitarbeiter unterzeichnet, und zwar mit der Firma Wilo SE, die im Sommer 2016 eine Pumpenproduktionsstätte in Noginsk im Gebiet Moskau eröffnet hat. Ziel des Projekts ist die Steigerung der Produktionsqualität in kleinen und mittleren russischen Unternehmen. Dadurch soll die Zahl qualifizierter Zulieferer für die unterschiedlichsten Teile erhöht werden. Entsprechende Anforderungen an solche Zulieferer sind in dem kürzlich veröffentlichten „Kriterienkatalog deutscher Unternehmen für lokale Zulieferbetriebe“ enthalten.

7 Die Geschäftswelt passt sich schrittweise an die gegenseitigen Sanktionen an, obwohl sie ihrer Meinung nach nicht geeignet sind, die gesetzten politischen Ziele zu erreichen, und zurückgenommen werden müssen. Die negative Wirkung der Sanktionen ist besonders im Bereich langfristiger Projektfinanzierungen und des Zugangs zu neuen Technologien, inklusive Dual-Use-Technologien, zu spüren. Den jüngsten Konflikt um die Siemens-Turbinen würde ich dabei zu den Ausnahmen zählen. Die deutschen Firmen sind bestrebt, sich strikt an die vorgeschriebenen Beschränkungen zu halten. Paradox ist, dass sich deren amerikanische „Töchter“ im Bereich der Lieferung von „verbotenen“ Waren nach Russland um ein Vielfaches freier fühlen.

8 Deutschland und die EU bleiben die wichtigsten Partner Russlands. China und andere Staaten Südostasiens können Westeuropa weder unter dem Gesichtspunkt der Lieferung von modernen Maschinen, Anlagen, Technologien und Know-how noch als Absatzmarkt für russische Kohlenwasserstoffe ersetzen. Gleichzeitig ist eine Energieversorgungssicherheit der Bundesrepublik und der Europäischen Union mittelfristig nicht ohne Russland möglich. Aus diesem Grund wird ungeachtet des hartnäckigen Widerstands einer Reihe von EU-Ländern sowie der amerikanischen Sanktionen das Projekt Nord Stream 2 mit großer Wahrscheinlichkeit umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die gemeinsame Erschließung einer Reihe russischer Lagerstätten fortgesetzt. In den nächsten Jahren wird das Interesse russischer Partner an einer Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energiequellen zunehmen (besonders in Regionen, in denen ein hoher Bedarf an einer autonomen Energieversorgung besteht).

9 Ungeachtet der Schwierigkeiten bei der Herausbildung der Eurasischen Wirtschaftsunion ist diese für deutsche Unternehmen von wachsendem Interesse. Es ist offensichtlich, dass die Motivation zur Erschließung des einheitlichen Markts zunehmen wird. Wachsen wird auch das Verständnis für die Notwendigkeit einer Koordination zwischen Russland und Deutschland im Bereich von Mega-Infrastrukturprojekten wie der „Seidenstraße“, wo die Regeln vorerst noch von China diktiert werden. Die Kooperation unserer Länder im Bereich Transport und Logistik hat in dieser Hinsicht gute Perspektiven. Zu einem zukunftsträchtigen Projekt kann die Zusammenarbeit zwischen Russland und der Bundesrepublik im Bereich der digitalen Umgestaltung (Digitalisierung) werden. Vorerst steht die Zusammenarbeit hierbei – ganz im Unterschied zur Zusammenarbeit Deutschlands mit China, den USA und Japan im Rahmen der Industrie-4.0-Strategie – erst am Anfang.

10 Es gibt weiterhin gute Voraussetzungen für eine steigende Präsenz von russischem Kapital in der deutschen Wirtschaft. Dies betrifft nicht nur die staatlichen Energieriesen wie Gazprom und Rosneft, sondern auch mittelgroße private Player aus verschiedenen Branchen der russischen Volkswirtschaft.

Wladislaw Below ist Leiter des Zentrums für Deutschlandstudien beim Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Riskante Geschäfte

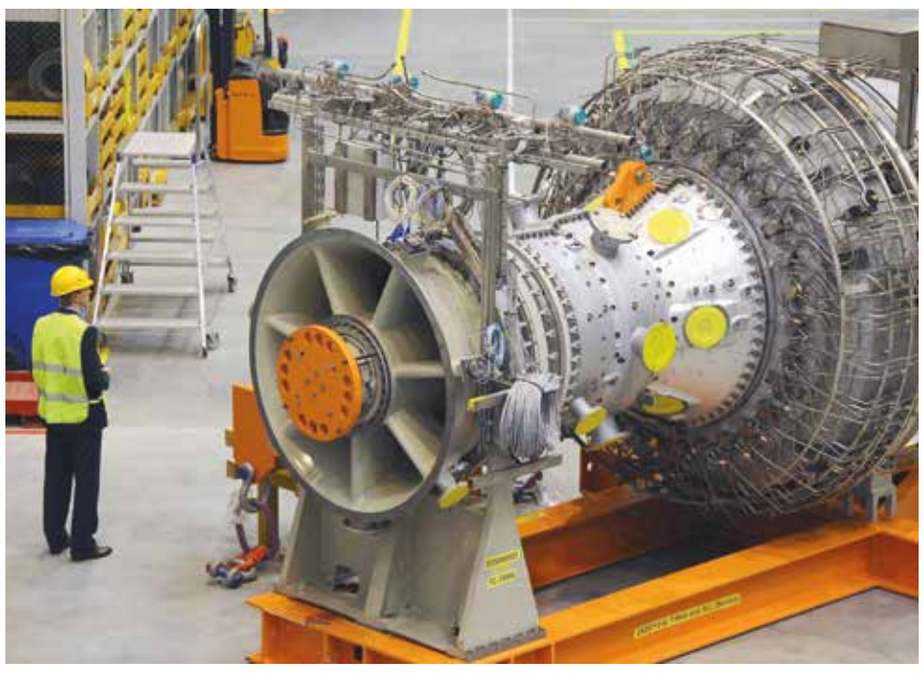
Der Fall Siemens deutet an, dass sich kein deutsches Unternehmen im Handel mit Russland sicher sein kann

VON KARL-HEINZ BÜSCHEMANN

Hätte es dieses fatale Treffen nie gegeben; hätte der Siemens-Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser im März 2014 nicht den Fehler gemacht, gleich nach der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland zum russischen Präsidenten zu eilen, um vor laufenden Fernsehkameras sein freundliches Einvernehmen mit Wladimir Putin zur Schau zu stellen. Ohne diesen wäre es heute für Kaeser viel einfacher, die Peinlichkeit zu erklären, die der Münchner Konzern gerade in Russland erlebt. Kaeser hatte damals verkündet, zwischen Siemens und Russland gebe es keine Probleme, auch wenn Politiker gleich nach Putins Einmarsch auf der Krim Sanktionen gegen Moskau forderten. Kaeser sprach damals von „kurzfristigen Turbulenzen", die künftige Geschäfte nicht beeinträchtigen dürften. Das kam im Westen schlecht an, und Kaeser hat bald darauf seinen Eilbesuch bedauert.

Dreieinhalb Jahre später ist Kaeser wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, er sei im Umgang mit Russland entweder naiv oder er habe bewusst gegen Sanktionsbestimmungen verstoßen. Für den Chef eines der größten deutschen Industrieunternehmen mit 350 000 Beschäftigten sind beide Vorhaltungen eine Katastrophe.

Siemens hatte vier Turbinen für Kraftwerke nach Russland geliefert. Das ist auch nach den gegen das Land verhängten Sanktionen erlaubt. Die Handelsbeschränkungen beziehen sich nur auf Geschäfte mit der russischen Öl- und Gasindustrie, Rüstungsgeschäfte sowie mit dem Finanzsektor. Aber diese Turbinen waren später unter rätselhaften Umständen auf der Krim aufgetaucht. Lieferungen auf die Krim sind verboten. Siemens sah aus wie ein Konzern, der die Sanktionen trickreich umgeht. Das Unternehmen hatte die Gasturbinen an eine Tochterfirma des russischen Staatskonzerns Rostech verkauft. Sie waren vorgesehen für ein Kraftwerk auf der südrussischen Halbinsel Taman. Dieses ist jedoch nie gebaut worden, stattdessen gelangten die Anlagen im Frühsommer auf die Krim.



IMAGO/ITAR-TASS

Gasturbinen von Siemens für Russland, hier in Leningrad. Die letzte Lieferung sorgte für Verdruss.

Siemens geriet sofort unter Druck, nicht zuletzt weil Konzernchef Kaeser sich öffentlich als Putin-Freund gezeigt hatte. Schnell kündigten die von öffentlicher Empörung bedrängten Münchner an, ihre gesamte Russland-Strategie in Frage zu stellen. Gleichzeitig wurde eine Klage gegen die Vertragspartner vor einem Moskauer Schiedsgericht angestrengt. Auf russischer Seite hieß es dagegen kühl, die Rostech-Tochter Technopromexport habe die Aggregate für rund 150 Millionen Euro auf dem freien Markt gekauft. Daher gebe es keinen Zusammenhang mit den Sanktionen. Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten behauptete gar, die Rede sei von russischen Turbinen.

Der deutsch-russische Streit zeigt, wie schwierig es in diesem Falle ist, Recht und Unrecht zu unterscheiden. Aber er hat Folgen. Nicht nur für den Siemens-Konzern, der blamiert dasteht. „Die haben uns getäuscht", sagt ein Siemens-Mann. „Die Kaltschnäuzigkeit hat uns überrascht." Auch die Bundesregierung fühlt sich belogen und betroffen. Der Streit hat Folgen für die gesamte Wirtschaft. Bald nach dem Siemens-Desaster in Russland verschärften die EU und die USA die Sanktionen gegen Russland.

Schon die Sanktionen vom Juli 2014 haben beiden Schaden zugefügt, und die deutsche Wirtschaft hätte es gerne gesehen, wenn die Beschränkungen des Russlandhandels langsam aufgehoben würden. „Die Belastungen für die Wirtschaft in ganz Europa einschließlich Russlands durch die Sanktionen liegen nach drei Jahren bei einem sehr hohen zweistelligen Milliardenbetrag – mindestens", erklärte Wolfgang Büchele, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Die Sanktionen hätten auch erhebliche und schwer bezifferbare psychologische Wirkung entfaltet: „Die Verunsicherung der Unternehmen und Konsumenten über die weitere Entwicklung führte zu Investitions- und Kaufzurückhaltung."

Der Handel mit Russland ist traditionell wichtig für die deutsche Wirtschaft. Deutschland bezieht schon seit Sowjetzeiten Öl und Gas aus dem Land, und deutsche Firmen sind in Russland mit Exporten und Investitionen engagiert. Allein der Siemens-Konzern machte vor den Sanktionen zwei Milliarden Euro Umsatz in Russland. Mit den Sanktionen kam allerdings ein Einbruch, und erst in den vergangenen sechs Monaten war der deutsch-russische Handel wieder mehr in Schwung gekommen. Allein im ersten Halbjahr von 2017 waren die deutschen Exporte nach Russland um 26,3 Prozent auf 12,7 Milliarden Euro gestiegen. „Die wirtschaftliche Belebung in Russland und der gute Ruf, den deutsche Produkte dort genießen, kurbelt den deutschen Russland-Export wieder an", sagte Büchele. Im Gesamtjahr 2017 könnten die deutschen Ausfuhren in das Land um rund 20 Prozent steigen. Der eindrucksvolle Aufschwung sei allerdings nicht ungefährdet. Die neuen US-Sanktionen gegen Russland sorgten „für eine erhebliche Verunsicherung unter deutschen Unternehmen", warnte Büchele.

Geschäfte mit Russland sind – wie der Fall Siemens zeigt – für Unternehmen riskant. Es besteht die Gefahr, dass vertraglich korrekt erscheinende Geschäfte im Lande Putins mit dessen Duldung zu unsauberem Handel gemacht werden. Dies droht jedem Unternehmen aus dem Westen, das Geschäfte mit Russland macht. Deshalb ist das Turbinendebakel von Siemens nicht nur schädlich für den Münchner Technologiekonzern und sein weltweites Ansehen, sondern für alle, die mit Russland Handel treiben.

„Kein deutsches Unternehmen kann es sich leisten, der Umgehung von Sanktionsauflagen verdächtigt zu werden", weiß Büchele vom Ostausschuss. „Wir erwarten von der russischen Regierung, dass sie umgehend sicherstellt, dass die vereinbarten Vertragsbedingungen hundertprozentig eingehalten werden."

Die Worte des Verbandschefs machen aber auch deutlich, dass sich kein Unternehmen im Handel mit Russland sicher fühlen kann. Das ist der wesentliche Unterschied zu früheren Zeiten. Als gleich am Anfang der 1970er-Jahre die westdeutsche Wirtschaft in vorsichtigen Handel mit der Sowjetunion überging, als es Röhrengeschäfte mit Moskau gab, im Austausch gegen Gaslieferungen, waren diese Geschäfte mitten im Kalten Krieg hoch umstritten. Handel mit Russland galt als unmoralisches Geschäft mit dem Erzfeind. Doch eines zeichnete diese Geschäfte aus: Die Sowjets waren vertragstreu. Sie hielten sich an alle Abmachungen. Das ist heute offenbar anders.

Karl-Heinz Büschemann war bis 2017 Wirtschaftsredakteur der Süddeutschen Zeitung.

AMAXX® YOUR INDUSTRY!

www.MENNEKES.com

MENNEKES®
Plugs for the world

STAATLICHES HISTORISCHES MUSEUM, MOSKAU

Bisher selten zu sehen: das berühmte Gemälde von Isaak Brodsky „Der II. Kongress der Komintern“, die Versammlung der Revolutionäre jener Zeit.

Aufbruch und Katastrophe

Das Deutsche Historische Museum in Berlin eröffnet am 18. Oktober die Ausstellung „1917. Revolution. Russland und Europa“. Ein Gespräch mit dem Direktor des Staatlichen Historischen Museums in Moskau, Alexei Lewykin, und der Kuratorin des DHM, Kristiane Janeke

Was waren die Anfänge dieser Ausstellung? Ist es das erste Mal, dass das Deutsche Historische Museum mit dem Staatlichen Historischen Museum in Moskau (GIM) zusammenarbeitet?

Alexei Lewykin: Das Ganze ist ein Kooperationsprojekt des DHM in Berlin mit dem Schweizerischen Nationalmuseum in Zürich. Aber eine solche Ausstellung ohne Beteiligung führender russischer Museen auf die Beine zu stellen …

Kristiane Janeke: … kann man gar nicht ohne russische Exponate, wenn man es seriös machen will.

Lewykin: Außer uns beteiligten sich am Projekt von russischer Seite auch weitere führende Museen des Landes, wie die Tretjakow-Galerie, das Russische Museum, das Museum für Zeitgenössische politische Geschichte Sankt Petersburg, das Schtschusjew-Museum für Architektur sowie bedeutende Archive.

Janeke: Wir zeigen Exponate nicht nur aus Moskau, Petersburg und Jekaterinburg, sondern auch aus Kiew und aus Minsk. Wir wollen über den russischen Tellerrand hinausschauen.

Die historischen Schicksale Russlands und Deutschlands sind miteinander verflochten. Wie sehr interessieren sich die deutschen Museumsgänger dafür, was in Russland vor 100 Jahren passiert ist?

Janeke: In diesem Jahr haben wir in Deutschland 500 Jahre Reformation. Aber das zweite große Thema ist die russische Revolution. Die Ausstellung heißt im Titel „1917. Revolution. Russland und Europa.“ Uns ist wichtig, nicht nur die innerrussischen Entwicklungen zu zeigen, sondern das Thema in einen europäischen Kontext zu stellen und die Wirkungen und Gegenreaktionen auf diese Entwicklungen in Russland darzustellen.

Gibt es in Deutschland einen gesellschaftlichen bzw. wissenschaftlichen Konsens über die russische Oktober-Revolution 1917?

Janeke: Die Deutschen haben in der Schule ganz unterschiedliche Erfahrungen mit dem Thema gemacht und sicherlich unterschiedliche Vorstellungen von der russischen Revolution, je nachdem, wo sie groß wurden: in der ehemaligen DDR, in Westdeutschland oder wiederum in der Sowjetunion, wie es bei den Russlanddeutschen der Fall ist. Jenseits des wissenschaftlichen Diskurses meinen die einen, dass es eher ein positives, produktives Ereignis war, das beispielsweise Emanzipation oder auch künstlerischen Aufbruch hervorgebracht hat. Andere sehen darin eine große Katastrophe, die in Gewalt und Terror endete hat. Beides ist richtig.

Wie genau wurden Exponate für diese Ausstellung gewählt? Welche Exponate sollten vor allem deutsche Besucher ansprechen?

Lewykin: Wir haben ein breites Spektrum an Exponaten bereitgestellt, die unterschiedliche Seiten des Lebens der russischen Gesellschaft beleuchten. Zudem zeigen wir erstmals Gegenstände, die mit dem Wirken russischer Revolutionäre in der Schweiz und in Deutschland zu tun haben. Ich denke, für die deutschen Museumsbesucher werden auch Exponate von Interesse sein, die nicht unmittelbar mit den Ereignissen von 1917 im Zusammenhang stehen. Zum Beispiel ein Komplex von Gegenständen, die dem Zarensohn gehörten, dem Thronfolger Alexej, der ein unschuldiges Opfer dieser Revolution wurde.

Wird Ihre Ausstellung auch darüber erzählen, wie die Deutschen während des Ersten Weltkriegs versucht haben, die Stimmung in der russischen Gesellschaft zu beeinflussen?

Lewykin: Es gibt Dokumente, die zeigen, wie der deutsche Geheimdienst, der Generalstab und das Außenministerium in den Jahren des Ersten Weltkriegs die bolschewistische Partei finanziell unterstützten, die den Sturz der staatlichen Ordnung anstrebte und Antikriegsstimmung in Armee und Gesellschaft verbreitete. Inwieweit das deutsche Handeln die Entwicklung revolutionärer Stimmungen in Russland förderte, ist eine Frage, die ernsthaft und sorgfältig erforscht werden muss.

Janeke: Der Erste Weltkrieg ist natürlich ganz entscheidend für das Verstehen der revolutionären Prozesse in Russland, wir sehen ihn als Katalysator der Revolution. Und das ist es, was bei uns im Fokus steht. Es geht um das Interesse der Bolschewiki, möglichst schnell Frieden zu schließen, und auch um die innenpolitischen Folgen, die das hatte. Die Reise Lenins durch Deutschland nach Petrograd wiederum ist für uns interessant und wichtig, aber sicherlich keine neue und keine zentrale Geschichte.

Welche Dokumente kann man dazu sehen?

Janeke: Wir zeigen unter anderem zwei, drei Originaldokumente aus dem Politischen Archiv in Berlin, aus denen hervorgeht, dass die Deutschen, und auch das Oberkommando, die Reise Lenins unterstützt haben. Sowohl die politische, als auch die militärische Ebene haben das befürwortet. Es gibt Dokumente darüber, dass Geld gezahlt wurde, und wir haben zwei bis drei ausgewählt, aus denen aber nicht genau hervorgeht, wer wem etwas gezahlt hat. Ein weiteres Dokument belegt, dass man sehr zufrieden war mit der Arbeit, die Lenin in Petrograd geleistet hat. Das Pikante daran ist, dass die Deutschen überhaupt keine Vorstellung davon hatten, wen sie da unterstützt haben. Im übrigen waren solche Zuwendungen kein außergewöhnlicher Vorgang, alle Kriegsmächte haben gegnerische Propaganda auf der anderen Seite finanziert. Insofern ist diese Episode nur deswegen so berühmt geworden, weil Lenin so berühmt geworden ist.

Inwieweit liefert Ihre Ausstellung eine Antwort auf die Frage, die uns seit Generationen beschäftigt hat: Wer hat wen (mehr) beeinflusst? Waren es die Bolschewiken, deren Revolution mit deutschen Geldern finanziert wurde? Oder waren es deutsche Sozialdemokraten, die sich von den russischen Revolutionären inspirieren ließen und den Kaiser stürzten?

Lewykin: Die Revolution in Russland im Jahr 1917 wurde von den Bolschewiki mit Lenin an der Spitze begonnen. Zu jenem Zeitpunkt war das nicht die einflussreichste politische Kraft im Land. Im Sommer 1917 verfügte sie nicht einmal über die Mehrheit im Petrograder Rat der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Den Mythos von ihrer Stärke am Vorabend der Revolution schufen die Autoren des „Kurzen Abrisses der Geschichte der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki)“ in der Epoche des Stalinismus. Die an die Macht gelangten Vertreter der liberalen und demokratischen Intelligenz erwiesen sich als unfähig, die Probleme zu lösen und das Land zu führen. Daher mussten die Bolschewiki im Oktober 1917 die Situation nur geschickt nutzen, um die Macht zu ergreifen. Ich denke, das deutsche Geld hatte damit nichts zu tun.

Janeke: Die Novemberrevolution und die Ereignisse danach – die Gründung der Weimarer Republik – gingen überwiegend auf innerdeutsche Interessen und Entwicklungen zurück. Es gab nur einen sehr kleinen Teil in der deutschen Arbeiterbewegung, der ganz und gar dem russischen Vorbild folgen wollte. Die Auseinandersetzung mit den russischen Ereignissen hat es aber selbstverständlich gegeben, und die Spaltung der Arbeiterbewegung ist dadurch sicherlich vorangetrieben worden.

Warum haben die Linken in Deutschland, anders als in Russland, ihren Kampf verloren? War es die Angst vor Bolschewiken, die die nationalsozialistische Reaktion und letztlich das Scheitern der Weimarer Republik sowie den Aufstieg Hitlers herbeiführte?

Lewykin: Die Angst der deutschen Gesellschaft vor den Ereignissen im revolutionären Russland ist nicht zu leugnen: die Politik des Kriegskommunismus, die Enteignung des Privateigentums, die Gräuel des Krieges, der Terror. Doch anzunehmen, dass allein die Angst vor den Bolschewiki den Nazismus hervorgebracht hat, ist zu einfach. Genau das behaupteten die Ideologen der Stalinismus-Epoche, die erklärten, dass die Entstehung der deutschen nationalsozialistischen Partei die Antwort des „internationalen Imperialismus“ auf die Verbreitung der Ideen des Kommunismus sei. Nicht weniger Einfluss auf die Geburt des Faschismus in Deutschland hatten die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs.

Janeke: Es geht uns bei dieser Ausstellung weniger um so konkrete Fragen, warum die Linke letztendlich gescheitert ist, und wie sich die frühe Weimarer Republik entwickelt hat, als darum, wer wie auf die russische Entwicklung reagiert hat. Welche Informationen gelangten wie nach Deutschland und wer hat sie aufgegriffen? Das Scheitern der Linken hatte letztendlich innerdeutsche Gründe.

Welches ist aus Ihrer Sicht das “vielsagendste“ Exponat?

Lewykin: Es ist das berühmte Gemälde von Isaak Brodsky „Der II. Kongress der Komintern“, das unser Museum zur Verfügung stellt. Es vereint in sich alles und hat selbst eine einzigartige Geschichte. Auf dem Bild sind praktisch alle aktiven Teilnehmer revolutionärer Ereignisse nicht nur in Russland und Deutschland, sondern auch in anderen Ländern der Welt dargestellt. Brodskys Werk war seit Anfang der 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts in einem Spezialarchiv verwahrt und dem Massenpublikum nicht zugänglich. Und letztendlich kann das Gemälde als Symbol für die Entstehung des gesamten internationalen politischen Systems des Kommunismus bezeichnet werden.

Janeke: Wir sind sehr froh, dass das GIM uns das Gemälde zur Verfügung stellt, zumal es noch nicht oft im Ausland gezeigt worden ist. Das Kunstwerk ist zum einen ein Blickfang, zum anderen ein inhaltliches Schlüsselexponat für unsere Ausstellung: Es steht für das Konzept der Weltrevolution, also das Bestreben der frühen Sowjetunion, die Revolution über die Grenzen des eigenen Landes hinaus zu exportieren und einen gesellschaftlichen und politischen Umsturz nach sowjetischem Vorbild auch in anderen Ländern herbeizuführen. Zum anderen zeigen gerade die vielen internationalen Vertreter auf dieser Komintern-Sitzung, die Brodsky festgehalten hat, welche Wirkungsmacht die Ereignisse in Russland in der ganzen Welt hatten.

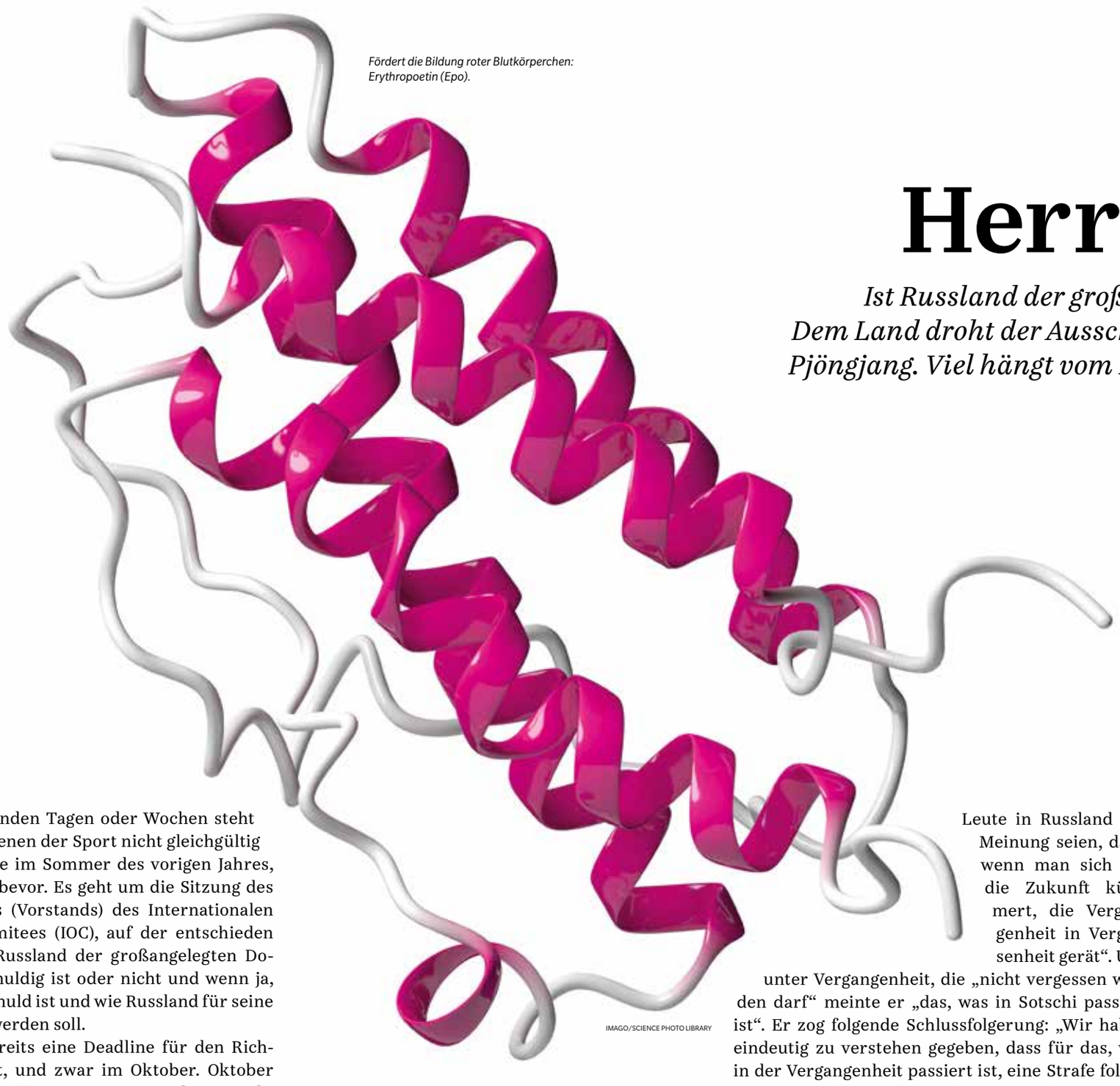
Was sollten Besucher Ihrer Ausstellung mitnehmen?

Lewykin: Ich bin überzeugt, dass das Begreifen der Bedeutung der Ereignisse, die 1917 in Russland, und danach auch in Deutschland stattfanden, Besuchern helfen wird, zum Sinn der politischen Prozesse und Konflikte der Gegenwart vorzustoßen.

Janeke: Dass die Revolution ein sehr komplexer Prozess war, der weder eindeutig gut noch eindeutig schlecht war. Wir wollen zeigen: Es gibt nicht nur eine Wahrheit, sondern viele Perspektiven auf das historische Geschehen. Und man muss sich dieser breiten Menge an Informationen stellen, um sich selbst ein umfassendes Bild zu machen.

Das Interview führte Galina Dudina, diplomatische Korrespondentin der Zeitung Kommersant.

ꟼD



Fördert die Bildung roter Blutkörperchen: Erythropoetin (Epo).

IMAGO/SCIENCE PHOTO LIBRARY

Herr der Ringe

Ist Russland der großangelegten Dopingverstöße schuldig? Dem Land droht der Ausschluss von den Olympischen Spielen in Pjöngjang. Viel hängt vom Präsidenten des IOC ab, Thomas Bach

VON ALEXEJ DOSPECHOW

In den kommenden Tagen oder Wochen steht den Russen, denen der Sport nicht gleichgültig ist, ebenso wie im Sommer des vorigen Jahres, eine Zitterpartie bevor. Es geht um die Sitzung des Executive Boards (Vorstands) des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), auf der entschieden werden soll, ob Russland der großangelegten Doping-Verstöße schuldig ist oder nicht und wenn ja, wie groß seine Schuld ist und wie Russland für seine Sünden bestraft werden soll.

Das IOC hat bereits eine Deadline für den Richterspruch gesetzt, und zwar im Oktober. Oktober ist der Beginn der Wintersportsaison, deren wichtigstes Ereignis die Olympischen Spiele im koreanischen Pjöngjang sein werden. Es ist allen bewusst, dass für Russland die Teilnahme auf dem Spiel steht.

Die russischen Probleme mit dem Doping haben sich im vergangenen Sommer zu einer regelrechten Krise ausgewachsen. Die Gründe dazu traten bereits im November 2015 zutage, als der Weltleichtathletikverband den Allrussischen Leichtathletikverband fristlos disqualifizierte. Allerdings sah es für viele damals so aus, als sei damit der Höhepunkt erreicht und es nicht schlimmer kommen könnte. Das war ein Irrtum.

Im Juli 2016 hat der Sonderermittler der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), Richard McLaren den ersten Teil seines Berichts vorgelegt. Er war voll von schockierenden Anschuldigungen. Zur Erinnerung – McLaren meinte, dass in Russland angeblich ein System zur Vertuschung von Verstößen existiert, die mit der Verwendung verbotener Präparate und Methoden im Zusammenhang stehen. Das System, so seine Einschätzung, wird „staatlicherseits" begünstigt", was die ständigen „Manipulationen" mit Doping-Proben erklärt, u. a. auch bei den für die russische Mannschaft so triumphalen Olympischen Spielen in Sotschi im Jahr 2014.

Der Bericht löste eine ganze Welle von Forderungen aus, wonach das Land, das sich nicht an den Welt-Anti-Doping-Kodex gehalten hat, so hart wie nur möglich zu bestrafen sei. Russland war nicht nur gezwungen, den Status sowohl des Antidoping-Labors in Moskau als auch der nationalen Antidoping-Agentur RUSADA wiederherzustellen – internationale Organisationen, einschließlich der äußerst einflussreichen WADA, verlangten, das Land auch noch von den im August in Rio de Janeiro stattfindenden Olympischen Spielen auszuschließen. Zudem meldete sich auch eine Reihe von Politikern und Beamten zu Wort.

Doch das IOC lehnte einen solchen Schritt ab. Die Zulassung der russischen Sportler und Mannschaften in Rio wurde den internationalen Sportverbänden überlassen. Daraufhin wurde ein großer Teil der Sportler von ihnen unter die Lupe genommen. Russland war angeschlagen, eine eigentliche Katastrophe blieb jedoch aus.

Doch damit war es nicht genug. Im Dezember wurde der zweite Teil des McLaren-Berichts veröffentlicht, er fiel noch schärfer als der vorhergehende aus. Wiederum war darin die Rede von einer systematischen Vertuschung von Doping-Vergehen und von massiven Fälschungen in Sotschi.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung war bereits bekannt, wie das IOC gedenkt, mit diesen Anschuldigungen zu verfahren. Die federführende Sportinstitution bildete zwei Kommissionen, eine wurde von Denis Oswald, die andere von Samuel Schmid geleitet. Die eine Kommission nahm Testwiederholungen bei den Proben der Russen vor (in der Vergangenheit war nur die Rede von einer Überprüfung der Proben von Sotschi, doch im Dezember veränderte das IOC seine Position und nahm auch die zwei vorhergehenden Spiele von Vancouver und London in das Programm auf). Die zweite Kommission sollte die Informationen über die Involvierung des Staates in das russische Antidoping-System auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen. Die Schlussfolgerungen der Kommissionen sollten entsprechend der Geschäftsordnung vom Executive Board geprüft und bewertet werden. Dem Executive Board gehören 15 Personen an. Alle jedoch, denen der Aufbau der olympischen Bewegung bekannt ist, wissen sehr gut, dass der Präsident immer das letzte Wort hat.

Von ihm, von seiner Sympathie und seinen Präferenzen hängt viel ab. Derzeit besonders viel. Deshalb ist völlig klar: Was immer die olympischen Kommissionen auch ausgegraben haben, deren Material kann mit ziemlicher Sicherheit unterschiedlich interpretiert werden. Letztendlich stützen sich beide McLaren-Berichte, und dies hat sogar die die Untersuchung befürwortende WADA zugegeben, auf wenige zuverlässige und unstrittige Fakten. Deren Grundlage bilden die Aussagen des ehemaligen Leiters des Moskauer Antidoping-Labors, Grigorij Rodtschenkow, der, als die Krise aufkam, Russland in Richtung Amerika verlassen hat. Vielleicht weil Rodtschenkow geflüchtet ist, weigert man sich in Russland, ihn als vertrauenswürdige Person anzusehen.

Seit 2013 ist Thomas Bach IOC-Präsident. Er ist ehemaliger Degen- und Florettfechter, der bei den Olympischen Spielen 1976 mit der westdeutschen Mannschaft Gold geholt hat. Und die nun für Russland aktuelle und sehr emotionale Frage lautet in etwa so: Ist er unser Freund oder nicht?

Das ist natürlich eine Formulierung, die wohl zur offiziellen Realität ein wenig im Widerspruch steht. Darf denn ein Präsident des IOC parteiisch sein? Mitunter sind doch Neutralität, Unabhängigkeit, die Fähigkeit, dem Druck standzuhalten und dabei um der Gerechtigkeit willen nicht der Mehrheit nach dem Munde zu reden, auch ein Ausdruck freundschaftlicher Beziehungen.

Die russischen Sportfunktionäre versuchen verständlicherweise, in formellen Gesprächen, die „mitgeschnitten werden", dieses komplizierte Thema zu meiden. In informellen Gesprächen „ohne Mitschnitt" geben sie zu, dass dieses Thema sie natürlich bewegt und sie versuchen, die Einstellung von Thomas Bach einzuschätzen.

Versuchen wir eine Einordnung: Die ersten Olympischen Spiele als IOC-Präsident waren für Bach die Spiele in Sotschi. Er zeigte seine Begeisterung offen. Sechs Monate später, nach der Veröffentlichung des ersten Teils des McLaren-Berichts, war er es, der darauf bestand, dass die WADA das Prinzip der Kollektivhaftung, das er so liebgewonnen hat, nicht gegen die Nationalmannschaft Russlands vor den Spielen in Rio anwendet, sondern jeder Fall individuell betrachtet wird. Seine Entscheidung rettete die russische Delegation. Und er war es, der bald darauf die Diskussion über die Rolle und Funktion der Anti-Doping-Agentur in Gang brachte. In deren Verlauf stellte sich heraus, dass zahlreichen, in der olympischen Bewegung exponierten Personen die Tätigkeit der WADA zu politisiert, voreingenommen und uneffektiv erscheint. Sie hat den Status der heiligen Kuh verloren.

Und auf einmal erschien im Juni dieses Jahres in der *New York Times* ein Beitrag, der sich auf Äußerungen von Thomas Bach während seines USA-Besuchs stützte. Die Rhetorik des IOC-Präsidenten war ziemlich überraschend. In der Vergangenheit zurückhaltend, war sie jetzt äußerst rigoros. Bach gab zu, dass er „den Eindruck hatte, dass einige Leute in Russland der Meinung seien, dass, wenn man sich um die Zukunft kümmert, die Vergangenheit in Vergessenheit gerät". Und unter Vergangenheit, die „nicht vergessen werden darf" meinte er „das, was in Sotschi passiert ist". Er zog folgende Schlussfolgerung: „Wir haben eindeutig zu verstehen gegeben, dass für das, was in der Vergangenheit passiert ist, eine Strafe folgen muss." Folglich hat die Ernüchterung die Oberhand gewonnen? Muss sich Russland auf Schlimmeres gefasst machen?

Eine *Kommersant* nahestehende Quelle, die sich mit den Abläufen im Doping-Bereich gut auskennt, hat dazu geraten, mit den Folgerungen nichts zu überstürzen. Die Schärfe der Formulierungen kann ihrer Ansicht nach durch den Ort bedingt sein, an dem sie getätigt wurden. Amerika liebt die Härte. Und es wird daran erinnert, was Thomas Bach gleich nach der Veröffentlichung des ersten Teils des McLaren-Berichts sagte. Er sprach von einem „schockierenden und beispiellosen Angriff auf die Integrität des Sports und der Olympischen Spiele" und davon, dass das IOC „ohne Zögern rigorose Maßnahmen gegen jede involvierte Person ergreifen wird".

In diesem Moment sah er ganz und gar nicht wie ein treuer Freund Russlands aus. Doch er erwies sich eben als zuverlässig und weise, wenn auch nicht als Freund, so doch als Verteidiger der olympischen Prinzipien, die sich weder von Emotionen noch von sportlichen und politischen Schwergewichten vor den Karren spannen lassen.

Alexej Dospechow ist Korrespondent der Zeitung Kommersant.

Jürgen G. Waldheim, Rechtsanwalt und Berater mit Wirtschaftskanzlei in Berlin.

Jürgen G. Waldheim ist Leistungssportler und in der J70 Class bei internationalen Regatten mit dabei. Auf Reise, im Job, beim Sport: Leidenschaft und Individualität stehen bei ihm im Vordergrund. Deshalb reist Jürgen G. Waldheim mit ELLA FOGG – The Travel Company.

Exklusive Hotels, komplexe Rundreisen, Safaris, weltweit – detaillierte Planung, verlässliche Organisation. ELLA FOGG bietet einen maßgeschneiderten Komplett-Service für Menschen mit höchsten Ansprüchen.

Bon Voyage – www.ellafogg.com

THE
ELLA FOGG
TRAVEL COMPANY

Dawai, dawai, rabotai

Im Jahr 1953 hegten die Bürger der DDR noch immer große Vorbehalte gegenüber der UdSSR. Die Sowjetunion hatte Industrieanlagen abtransportiert und Arbeitsnormen erhöht. Es kam zum Arbeiteraufstand

VON LEONID MLETSCHIN

Im September 1953 kehrten die führenden Vertreter Ostdeutschlands mit einem Sack voller Geschenke aus Moskau zurück. Die Sowjetunion hatte den deutschen Freunden sämtliche Schulden erlassen. 33 gemeinsame Betriebe wurden der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) übereignet. Ostdeutschland wurden ein Großkredit und umfangreiche Lebensmittellieferungen aus der UdSSR versprochen. Das Wichtigste war jedoch, dass die sowjetische Regierung auf Reparationen und den Ausgleich für die Schäden, die Russland in den Kriegsjahren zugefügt wurden, verzichtete. Damit änderte sich die sowjetische Deutschland-Politik grundlegend.

Reparationen waren nichts Neues. Nach dem für Deutschland verlorenen Ersten Weltkrieg kündigte der britische Premierminister David Lloyd George an, „aus der deutschen Zitrone alles herauszupressen". Die Franzosen hassten die Deutschen noch mehr und wollten einen Ausgleich für die Kriegszerstörungen. Die Deutschen müssen bestraft werden! Zwingt sie, für das, was sie angerichtet haben, zu bezahlen! Die Reparationen wurden mit 132 Milliarden Goldmark beziffert. Man beschlagnahmte die Flotte Deutschlands und sämtliche ausländischen Währungen in bar, sogar die Patente wurden eingezogen. Das berühmte Aspirin von Bayer wurde amerikanisch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen Josef Stalin, Harry Truman und Winston Churchill im Sommer 1945 in Potsdam eine Reparationsvereinbarung. Der Vorschlag der Amerikaner lautete folgendermaßen: Jedes Siegerland nutzt die Ressourcen seiner Besatzungszone. Moskau gefiel das allerdings nicht. In der sowjetischen Besatzungszone, dem östlichen Teil Deutschlands, war die Industrie schwach entwickelt und die Ressourcen waren begrenzt. Die Sowjetunion hatte jedoch während des Zweiten Weltkriegs die größten Opfer gebracht.

Die Sieger einigten sich, dass die UdSSR noch ein Viertel der Industrieausrüstungen aus der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone erhält. Die Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands teilten die drei Staatsoberhäupter zu gleichen Teilen auf.

Ganze Werke wurden daraufhin außer Landes gebracht. Die westlichen Länder wollten ebenso wie die Sowjetunion der Ergebnisse der deutschen Wissenschaft und Technologie habhaft werden. Die Alliierten durchkämmten die Wissenschaftseinrichtungen Deutschlands und bemächtigten sich all dessen, was für sie von Interesse war.

Das Interesse der Sieger galt besonders Radareinrichtungen, lenkbaren Raketen, selbstgesteuerten Torpedos, biologischen und chemischen Waffen. Aber auch exotische Projekte interessierten sie, etwa die Idee, die feindlichen Truppen mit UV-Strahlung zu blenden. Im Bau von Raketen und U-Booten war Deutschland führend in der Welt.

Die sowjetischen Ministerien erstellten Listen von interessanten deutschen Betrieben. Eine Gruppe von Fachleuten wählte in Deutschland die Ausrüstungen aus, die dann tatsächlich demontiert und in die Sowjetunion verbracht werden sollten. Von Mai bis Juli 1945 dienten 300 000 Eisenbahnwaggons dazu, das Beutegut abzutransportieren. Bevorzugte Beute waren Betriebe, die für die Flugzeugindustrie und den Raketenbau von Nutzen waren. Die Jagdflugzeuge Jak-15 und MiG-9 liefen mit deutschen Motoren.

Die V2 war zu unausgereift, um dem nazistischen Deutschland entscheidend zu helfen, doch die Alliierten nutzen die Früchte der deutschen Raketenbauer in vollem Maße. Deutsche Erfahrungen machten sich fast alle großen sowjetischen Raketenbauer zunutze, angefangen mit Sergej Koroljow.

Am 13. Mai 1946 verabschiedete die Regierung die Verordnung Nr. 1017-419 „Fragen der Raketenbewaffnung". Die erste Aufgabe bestand in der Reproduktion der V2 und der „Wasserfall" (Lenkflugkörper). Im Gebiet Astrachan entstand das erste Raketentestgelände. Von Kapustin Jar startete im Oktober 1947 die A2 („V"), eine Rakete deutscher Bauart.

Am 2. Mai 1945 begaben sich die späteren Akademiemitglieder Chariton, Kikoin und Arzimowitsch nach Berlin, um sich einen Überblick über den Fortgang der deutschen Nuklearforschung zu verschaffen und den Abtransport von Ausrüstungen, Material und Fachleuten in die Sowjetunion zu organisieren.

Am 19. Dezember wurde in Moskau ein Beschluss verabschiedet, wonach deutsche Fachleute zum Uran-Projekt hinzugezogen werden sollten. Innerhalb von drei Jahren wurden fast 200 000 Deutsche in die Sowjetunion geschickt. Vor allem waren es Atomwissenschaftler (sie waren bei Moskau, in Suchumi und im Ural tätig), Raketenfachleute und Flugzeugbauer (auf der Insel Gorodomlja im Seligersee und in Podlipki) und Chemiker (in Leningrad) mit ihren Familien.

Am 1. Juni 1946 beschwerte sich der Moskauer Parteichef, Georgi Popow, beim stellvertretenden Regierungschef, Lawrenti Beria, dass die Betriebe der Stadt Moskau 45 336 Einheiten erbeuteter Ausrüstungen erhalten haben, von denen viele jedoch nicht genutzt würden. Die Betriebe der Flugzeugindustrie erhielten 11 700 Einheiten unterschiedlichster Ausrüstungen, es werden aber nur 8763 eingesetzt. An die Betriebe der Automobilindustrie wurden 8574 geliefert, davon werden aber nur 7081 genutzt. Die Betriebe der Elektroindustrie erhielten 5637, genutzt aber werden nur 1688. In manchen Fällen waren die Ausrüstungen infolge nachlässiger Behandlung nicht mehr verwendbar.

Indes machte es der deutsche Werkzeugmaschinenpark für die sowjetische Industrie möglich, einen beachtlichen Schritt voranzukommen.

„Die Reparationen", schrieb der bekannte Militärhistoriker Michail Semirjaga „trugen nicht nur dazu bei, die zerstörte Wirtschaft der UdSSR wieder aufzubauen, sondern gaben auch den Anstoß für den technischen Fortschritt in der sowjetischen Industrie.

Der Wiederaufbau des wirtschaftlichen Potenzials des Landes wurde üblicherweise allein mit dem großen ‚Schaffensdrang' des Sowjetvolks erklärt. Wo aber sind dann die kompletten Werke, die wertvollen Industrieausrüstungen und Materialien aus Deutschland, Rumänien, Ungarn und anderen ehemaligen Feindesländern geblieben, die sich in Hunderttausenden von Waggons in einer gewaltigen Welle über die gesamte Sowjetunion ergossen haben?"

Nachdem ganze Werke abtransportiert worden waren, hatten die deutschen Arbeiter keine Arbeit mehr. Die Deutschen hungerten.

Es überlebten die Schieber vom Schwarzmarkt und jene, die sich den Besatzungsmächten andienten. Im Sommer 1946 lagen die Lebensmittelrationen für die Deutschen unter tausend Kalorien am Tag. Die Menschen starben an Krankheiten, die durch den Mangel an Lebensmitteln bedingt waren.

„Nachdem ganze Werke abtransportiert worden waren, hatten die deutschen Arbeiter keine Arbeit mehr."

„Auf einmal siehst du, wie Menschen, die durch die endlosen Ruinen streifen, plötzlich verschwinden: ohne Zweifel in irgendeinem Loch, das in die Keller führt", schrieb der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger, der seinerzeit den Ersten Weltkrieg glorifiziert hatte, in sein Tagebuch. „Die Menschen wirken verkrüppelt, selbst wenn sie gesunde Arme und Beine haben …. Die bescheidenen Rationen auf Lebensmittelkarte werden mit jedem Monat nochmals halbiert.

Das ist das Todesurteil für viele, die sich früher so recht und schlecht durchgeschlagen haben, besonders für die Kinder, Alten und Flüchtlinge. Glaubt man internationalen Zeitungen, registrierten viele in der Welt diesen Hungertod beifällig."

Nicht zu unterschätzen ist die damals bestehende Aversion gegen alles Deutsche. Entlang der dänisch-deutschen Grenze hängten amerikanische Soldaten Plakate auf, auf denen stand: „Hier endet die zivilisierte Welt."

Im Osten war die Lage noch schlimmer. Am 16. Mai 1946 berichtet Innenminister Sergei Kruglow Stalin Folgendes: „Nach Berichten des Bevollmächtigten des Innenministeriums und des Staatssicherheitsministeriums der UdSSR für Ostpreußen, Genossen Trofimow, wurden in Königsberg zwei Personen wegen des Verkaufs von menschlichem Leichenfleisch festgenommen. Die Versorgung der deutschen Bevölkerung auf dem Territorium Ostpreußens sei unbefriedigend organisiert. „Infolge der Unterernährung der deutschen Bevölkerung verschlechtert sich ihre Arbeitsfähigkeit erheblich, es steigt die Zahl der Todesfälle sowie die Kriminalität."

Die Sowjetunion konnte die Deutschen nicht satt machen. Im Herbst 1946 hungerten die Menschen auch dort. Im Oktober 1946 schlug der erste Stellvertreter des Innenministers, Generaloberst Serow, Stalin vor, die „überschüssigen Lebensmittel" aus Deutschland abzutransportieren. Er meldete, dass 150 000 Tonnen Getreide, 250 000 Tonnen Zucker und 400 000 Tonnen Kartoffeln in die Sowjetunion geschickt werden könnten. Stalin wies an, dem Genossen Serow seinen persönlichen Dank für seinen Bericht auszurichten.

Doch mit der Zeit änderte sich die Einstellung gegenüber Deutschland und den Deutschen. Auf Bitten des Weißen Hauses legte der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover 1946 einen Bericht über die Lage Deutschlands vor. Daraus ging hervor, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands der Schlüssel zur Ret-

KEYSTONE PICTURES USA

DPA - REPORT

Ursache und Wirkung: Andauernde Demontagen von Industrieanlagen (hier eine Turbine in einem Werk in Gendorf) und die Erhöhung der Arbeitsnormen führen im Juni 1953 in der DDR zu Aufständen (unten links).

tung des Kontinents sei. „Die gesamte Wirtschaft Europas“, so Herbert Hoover, „ist mit der deutschen Wirtschaft durch den traditionellen Austausch von Rohstoffen und Fertigprodukten verwoben. Die wirtschaftliche Stärke Europas kann nicht ohne den Wiederaufbau Deutschlands wiederhergestellt werden.“

General Lucius Clay, der Chef der amerikanischen Militärverwaltung in der amerikanischen Besatzungszone, schlug vor, die deutsche Wirtschaft von der Last der Besatzung zu befreien. Sie solle in Gang kommen, dann beginnen die Deutschen auch sich selbst zu versorgen. Im Mai 1946 beendete der General sämtliche Reparationen aus der amerikanischen Besatzungszone.

Außenminister Molotow erinnerte die Westmächte daran, dass der Sowjetunion Reparationen in Höhe von 10 Milliarden Dollar versprochen worden waren. Aus diesem Grund dürften die Reparationsleistungen nicht nur aus der sowjetischen Besatzungszone kommen, sondern aus ganz Deutschland. Die Amerikaner hielten dagegen, dass sie der deutschen Bevölkerung helfen und Lebensmittel in ihre Besatzungszone liefern, aber bei fortgesetzten Reparationsleistungen all dies an die Sowjetunion gehen würde. Die USA lehnten es ab, Geld in die deutsche Wirtschaft zu pumpen, wenn Moskau es wieder herauspumpe.

Am 23. Februar 1948 trafen sich die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs in London. Sie vereinbarten, die drei Besatzungszonen zusammenzulegen, eine Währungsreform sowie den Westteil Deutschlands in den Marshall-Plan aufzunehmen, also dessen Wirtschaft wiederaufzubauen. So nahm die Teilung Deutschlands ihren Anfang, die vier Jahrzehnte bestehen sollte. Im Übrigen ist die Entstehung von zwei deutschen Staaten natürlich keine Folge ökonomischer, sondern politischer Differenzen zwischen jenen, die unlängst noch Alliierte waren.

Die führenden Vertreter der Sowjetunion machten keine Anstalten, auf die Reparationen zu verzichten. Mit dem Verschwinden ganzer Werke blieben die Arbeiter jedoch ohne Lohn. Das lasteten sie den deutschen Kommunisten an.

Im Dezember 1946 äußerte der ZK-Sekretär Aleksej Kusnezow auf einer Sitzung des Sekretariats des ZK: „Es fällt uns nicht leicht, zumindest diesen Teil Deutschlands, der in unserem Einflussbereich liegt, dazu zu bringen, voll und ganz auf unserer Seite zu stehen. Es ist eine Tatsache, dass wir sehr viele Reparationsleistungen aus Deutschland herausgeholt haben und dies sich auf das Lebensniveau der deutschen Bevölkerung auswirkt. Wir haben Betriebe demontiert und abtransportiert, in denen mehr als zwei Millionen Menschen Arbeit hatten. Nun arbeiten sie nicht. Die Politik der Engländer und Amerikaner beim Abtransport der Ausrüstungen sieht anders aus.“

Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR regte an, „im Interesse unseres Landes zu einer planmäßigen und vollständigeren Nutzung des Wissenschaftspotenzials Deutschlands zu kommen“. Es entstand die Idee, die Betriebe auf deutschem Boden wiederaufzubauen, um fertige Erzeugnisse zu exportieren. Das war vorteilhafter. Ein Viertel der Industrieproduktion Ostdeutschlands ging in die UdSSR. In der DDR arbeiteten etwa 200 Ingenieurbüros mit bestqualifizierten deutschen Ingenieuren für die sowjetische Wirtschaft.

Der Abtransport war allerdings einfacher. Im Apparat der sowjetischen Militäradministration entstanden Abteilungen für die Lieferung von Ausrüstungen der Schwerindustrie, für Metalllieferungen, für die Lieferung von Werkzeugmaschinen und Werkzeugen, für die Lieferung von Kraftfahrzeugen und Landmaschinen, für die Lieferung von Kabelprodukten und Armaturen und eine Abteilung Stoffe. Das Allunionskomitee für Körperkultur und Sport demontierte Schwimmbäder und transportierte sie in die UdSSR. Die Leninbibliothek holte sich Bücher und Handschriften.

Auch die Uranerzvorkommen im Erzgebirge in Sachsen beutete die Sowjetunion aus. Die Aktiengesellschaft „Wismut“ förderte Uranerz für die UdSSR. Ungefähr 60 Prozent des gesamten Uranbedarfs der sowjetischen Atomindustrie kamen aus Ostdeutschland. Eine halbe Million Deutsche waren im Uranbergbau beschäftigt. Die Bergarbeiter lebten hinter Stacheldraht, Fluchtversuche wurden bestraft. Das Personal des Werkschutzes der Wismut wurde von der sowjetischen Staatssicherheit gestellt. Niemanden interessierte die Gesundheit, es gab praktisch keine Schutzmaßnahmen gegen die radioaktive Strahlung. Die schwere Arbeit, der geringe Lohn und die Härte der sowjetischen Aufseher waren der Nährboden für die ständige Unzufriedenheit der Bergleute, für Streiks und Unruhen.

Die Staatsorgane der DDR kopierten die sowjetische Politik. Sie forcierten die Kollektivierung, sie drückten die kleinen Handwerker nieder, sie erhöhten die Arbeitsnormen in den Betrieben und die Preise. Diese Situation verschärfte sich im April 1952 durch die Anordnung Moskaus, eine eigene Armee und Verteidigungsindustrie zu schaffen, wofür der DDR das Geld fehlte.

Im Herbst 1952 wurde die Größenordnung der wirtschaftlichen Probleme der DDR offensichtlich. Moskau verlangte jedoch weiterhin Reparationen. Heinrich Rau, Mitglied des Politbüros und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, rügte seine Kollegen in der Regierung: „Wir geraten in Rückstand bei der Erfüllung der wichtigsten Reparationsverpflichtungen. Es braucht entschiedene Maßnahmen, um die Lage in Ordnung zu bringen.“

Die Menschen aber, die einige russische Worte gelernt hatten, interpretierten bald die Abkürzung „DDR“ auf folgende Weise: Dawai, Dawai, Rabotai („Nun mach’ schon, arbeite!“). Viele Ostdeutsche waren sicher, dass die Russen alles aus dem Land herausholten und es der DDR deshalb so schlecht gehe. Der Regierende Bürgermeister von Westberlin (und spätere Bundeskanzler) Willy Brandt schrieb über die Reparationsleistungen aus der „Ostzone“ Folgendes: „Man hat den Eindruck, dass die dortigen Bürger den Krieg mehr verloren haben als die Deutschen im Westen des Landes.“

Im Juni 1953 kam es in Berlin und anderen Städten der DDR zu Ereignissen, die das Land in seinen Grundfesten erschütterten. Die Arbeiter erhoben sich gegen die sozialistischen Machthaber und gegen die Reparationen. Die militärische Führung rief den Ausnahmezustand in der Hauptstadt der DDR aus.

„In der Nacht auf den 17. Juni“, schrieb der Chef der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland, Wladimir Semjonow, „wurde ich durch das Getöse der in die Stadt einziehenden Panzereinheiten aus dem Schlaf gerüttelt. Gegen Morgen besetzen unsere Truppen das Stadtgebiet bis zum Brandenburger Tor. Die Infanterie wurde durch Selbstfahrlafetten verstärkt. Es gab mehr Geschützläufe als Baumstämme im Wald.“

Während des Aufstands in Berlin starben 125 Menschen, 48 wurden nach Urteilen sowjetischer Gerichte erschossen. Tausende erhielten unterschiedlich lange Freiheitsstrafen. Daraufhin wurde die sowjetische Deutschland-Politik revidiert. Moskau nahm Abstand von den Reparationen. Die wichtigste Aufgabe bestand nun im Erhalt der DDR als Teil des sozialistischen Blocks. Die Transporte fuhren nun in die umgekehrte Richtung.

Leonid Mletschin ist ein vielfach ausgezeichneter russischer Print- und Fernsehjournalist sowie Autor zahlreicher Bücher.

Unter Arrest

Stuttgart hält am Premierentermin für die Märchenoper „Hänsel und Gretel“ fest – auch ohne Regisseur Kirill Serebrennikov

VON OTTO PAUL BURKHARDT

Die Staatsoper Stuttgart sieht sich zum Start in die neue Saison vor einer wohl einmalig schwierigen Situation. Die Premiere der vielgespielten romantischen Märchenoper „Hänsel und Gretel“ ist am 22. Oktober angesetzt. Doch der dafür verpflichtete russische Regisseur Kirill Serebrennikov hat seit 23. August Reiseverbot und steht noch bis 19. Oktober in Moskau unter gerichtlich verfügtem Hausarrest.

Der international gefragte Künstler und Leiter des experimentierfreudigen Gogol-Zentrums wird beschuldigt, in den Jahren 2011 bis 2014 mit seiner Produktionsfirma 68 Millionen Rubel staatlicher Fördergelder (knapp eine Million Euro) unterschlagen zu haben. Einzelne frühere Mitarbeiter sind ebenfalls Gegenstand der Ermittlungen, darunter die Chefbuchhalterin, die den Regisseur belastet hat. Viele Künstler und Politiker in Russland und in Deutschland vermuten hinter diesem Verfahren politische Gründe; sie sehen in dem Prozess gegen den 48-jährigen Serebrennikov, der als kritischer Regisseur gilt und auch heikle Themen wie Religion und Sexualität nicht umgeht, einen Angriff auf die Freiheit der Kunst.

Kurzum, Serebrennikov, der die Beschuldigungen als „absurd“ zurückgewiesen hat, wird die Hauptproben in Stuttgart nicht selbst leiten können. Doch die Staatsoper, die mehrfach mit dem begehrten Titel „Opernhaus des Jahres“ ausgezeichnet wurde, denkt keineswegs daran, die Premiere platzen zu lassen. Im Gegenteil: Die Oper „Hänsel und Gretel“, die nun zu einem viel beachteten Politikum geworden ist, soll stattfinden, allen widrigen Umständen zum Trotz.

Wie das – ohne die Anwesenheit des Regisseurs bei den Proben – funktionieren kann, versuche die Staatsoper momentan auszuloten, sagt Intendant Jossi Wieler. In den nächsten Tagen will das Haus erklären, wie die bisherige künstlerische Arbeit des Regisseurs in dessen Sinne fortgesetzt werden soll. Serebrennikov hat vieles schon vor- und ausgearbeitet. Vor allem konnte er schon im April in Afrika einen Film drehen, der in seinem Konzept eine zentrale Rolle spielen sollte.

Die häufig zur Weihnachtszeit aufgeführte Oper des Komponisten Engelbert Humperdinck verhandelt das grausame Märchen von einer Hexe, die arme, verirrte Kinder fressen will. Serebrennikovs Film, für den er in Ruandas Hauptstadt Kigali junge Darsteller gecastet hat, erzählt die Geschichte zweier Kinder, die sich als aktualisierte Wiedergänger der Märchenfiguren Hänsel und Gretel auf eine Reise begeben, die sie nach Deutschland führt.

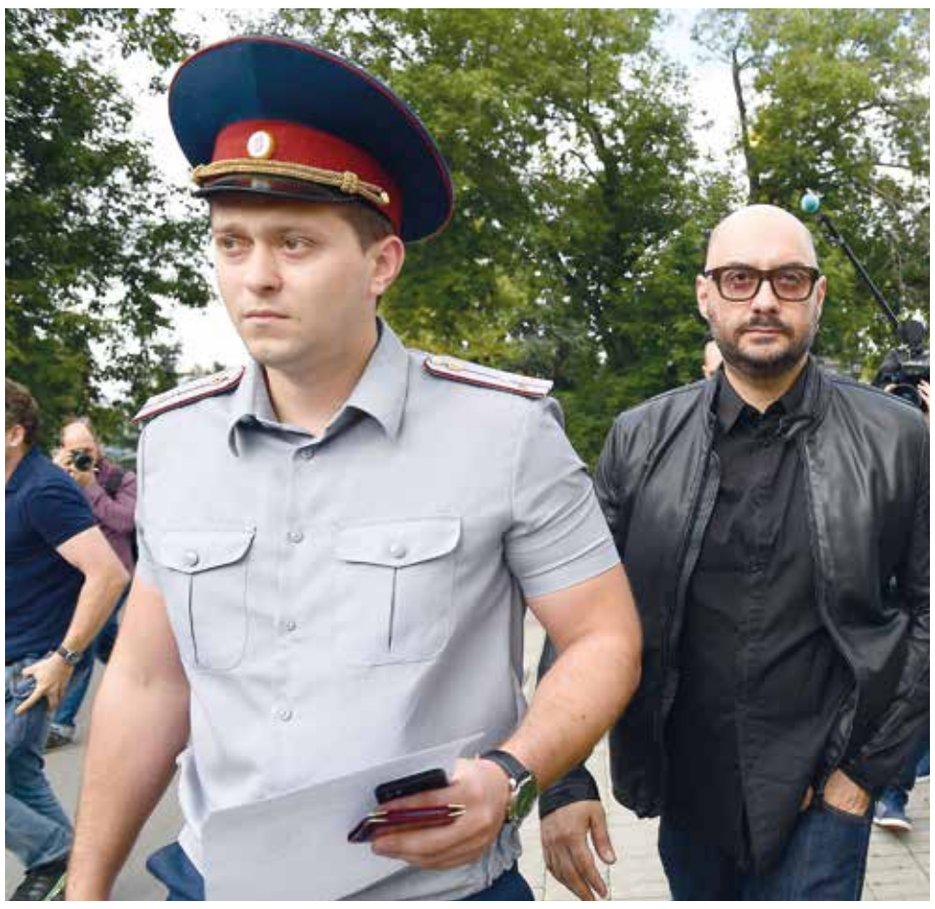
Serebrennikov erläuterte sein Konzept, das Opernthema Armut mit heutigen Aspekten wie Migration anzureichern, bereits bei einem Stuttgarter Arbeitsbesuch im Februar: „Es geht um die Träume dieser Kinder, die sich ein besseres Leben wünschen und nach Glück sehnen.“

Mit der Stuttgarter Staatsoper hatte Serebrennikov schon 2015 zusammengearbeitet, als er bei Publikum und Kritik mit einer hochgelobten, verstörend aktuellen Inszenierung der Richard-Strauss-Oper „Salome“ Erfolge feiern konnte.

Mittlerweile nimmt die Zahl der Fürsprecher Serebrennikovs zu und zieht immer weitere Kreise. In Russland setzen sich prominente Künstler und Politiker, teils mit Bürgschaften, für ihn ein. Die deutsche Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian plädieren für die Freilassung des Regisseurs. Dies fordert auch eine von deutschen Theatermachern initiierte Online-Petition – bisher unterzeichneten mehr als 37 000 Menschen, darunter die Filmschauspielerin Cate Blanchett, die Literatur-Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek sowie Ulrich Khuon, Intendant des Deutschen Theaters Berlin, wo Serebrennikov im Mai 2018 Boccaccios „Decamerone“ inszenieren soll.

Wie auch immer, das Stuttgarter Haus arbeitet an einer Präsentation der Oper am 22. Oktober, die von Serebrennikov autorisiert ist und mit bestimmten von ihm vorproduzierten Materialen zur Aufführung kommt. Dem Regisseur soll die Option offengehalten werden, sein Konzept nach seiner Freilassung zu einem späteren Zeitpunkt persönlich zur Premiere zu bringen. Intendant Jossi Wieler hofft: „Möglicherweise kann ein Dialog zwischen der russischen und der deutschen Politik helfen.“

Otto Paul Burkhardt ist freier Kulturredakteur und Autor, unter anderem für die Zeitschrift Theater der Zeit.



RAMIL SITDIKOV

Kann die Proben in Stuttgart nicht leiten: Kirill Serebrennikow nach einer Anhörung vor Gericht.

POFALLA ERLEICHTERT

Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation hat das Verfahren gegen die Leiterin der Nichtregierungsorganisation „Frauen vom Don“, Walentina Tscherewatenko, am 19. Juni 2017 eingestellt.
Es war im Rahmen eines Gesetzes über „ausländische Agenten“, Art. 330.1 StGB der Russischen Föderation, eröffnet worden. In einem Brief an die Mitglieder des Petersburger Dialogs, hat sich der deutsche Vorstandsvorsitzende des Petersberger Dialogs, Ronald Pofalla, erleichtert gezeigt.
Vier Tage nach Bekanntwerden, am 28. Juli 2017, schrieb er:
„Frau Tscherewatenko ist seit vielen Jahren eine engagierte Teilnehmerin unseres Petersburger Dialogs. Die Vorwürfe gegen Sie bezogen sich gerade auch auf dieses Engagement und auf die Kooperation mit deutschen Stiftungen.
Deshalb war es uns ein wichtiges Anliegen, uns in der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft aber auch im Vorstand für Frau Tscherewatenko besonders zu verwenden.“
Er begrüße die Entscheidung sehr. „Sie ist ein wichtiges Signal für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und die Wirkungskraft unseres Petersburger Dialogs insgesamt.“

1

2

3

Gewachsen auf Beton

Wo der Krieg in Berlin nackte Wände hinterließ, tummeln sich heute Street-Artists

VON JOHANNA TRAPP

5

4

6

7

8

9

10

11

Dieses Bild ist mehr als ein Wandgemälde, sagt Norbert Martins, „es ist ein Denkmal“. Zu sehen ist es im Berliner Stadtteil Wedding. Es zeigt drei Männer, die aus diesem Arbeiterbezirk mit großem Migrantenanteil stammen. Sie sind „gewachsen auf Beton“, wie der Schriftzug lautet. Heute spielen zwei von ihnen Fußball in den größten Stadien der Welt, weshalb die Jugend des Bezirks sie vergöttert. Jérôme und Kevin-Prince Boateng. Niemand würde es wagen, dieses Denkmal zu beseitigen, obwohl es gegen die Ordnung verstößt: Es ist bei aller Heldenverehrung Werbung für eine Sportschuhfirma, die vom Bezirk genehmigt werden müsste. Weil das nicht einmal beantragt worden ist, müssten die erfolgreichen Brüder bei strenger Auslegung der Regeln weg.

Norbert Martins kennt die Geschichten hinter den Bildern wie kein Zweiter. Er hat ein Buch herausgebracht und führt Touristen durch den Berliner Street-Art-Dschungel. 750 dieser Gemälde sind seit 1975 entstanden, und er hat sie alle fotografiert. Häufig war er dabei, wenn sie entstanden sind.

Nehmen wir Gert Neuhaus, dessen Reißverschluss seit 1979 eine rohe Backsteinwand verschließt und eine Gründerzeitfassade zeigt. Neuhaus hätte gern mehr Gründerzeit gezeigt und weniger rohe Fassade, weiß Martins. Nur ganz oben, wo der Zipper noch nicht hochgezogen ist, sollte der Backstein zu sehen sein, der Rest in schönem Gründerzeit-Look erstrahlen. Das aber war den Auftraggebern zu teuer, die Arbeit hätte dreimal so viel gekostet.

Bis zu 20 000 Mark kostete seinerzeit ein solches Mauerbild (Mural), dessen Farbe damals noch mit Pinseln aufgetragen werden musste. Heute verdienen die Künstler weniger, mit Sprays sind die Aufträge schneller umzusetzen.

Auch der „Kosmonaut/Astronaut“ von Victor ASH, entstanden 2007, birgt ein Geheimnis, das sich nur in der Dunkelheit enthüllt. Bei einer nächtlichen Besichtigung des Geländes entdeckte der Künstler es: Ein Scheinwerfer projizierte einen Fahnenmast auf die Wand. In Richtung dieses Schattens streckt sich nun die Hand des Raumfahrers, als wollte er sich daran festhalten.

Der Anfang der Murals liegt in Mexiko. Diego Rivera, der Ehemann von Frida Kahlo, wurde berühmt, seit er von 1929 an die Innenwände des Palacio Nacional in Mexiko-Stadt bemalte. Als er 1933 die Einladung erhielt, das Rockefeller Center in New York zu verschönern, kam es zu einem Skandal: Das Werk mit dem Titel „Der Mensch am Scheideweg” enthielt auch Porträts von Lenin, Marx, Engels und Trotzki.

Deutschland entdeckte diese Street Art erst in den 1970er-Jahren. Von 1971 an beauftragte die Stadt Bremen notleidende Künstler mit dem Bemalen von öffentlichen Gebäuden und Zivilschutzbunkern. 1975 erreichte die Bewegung auch die damalige Frontstadt, den Westen Berlins. Dort klafften noch immer Baulücken, wo im Krieg Bomben ganze Häuser vernichtet hatten; die angrenzenden Wände boten sich nackt und kahl und hässlich dar. Gegenüber dem S-Bahnhof Tiergarten bemalte Ben Wagin mit drei Kollegen eine Brandmauer mit dem „Weltbaum I – Grün ist Leben”, erstes Mural der Stadt und ein offensichtlicher Aufruf zum Schutz der Natur. Gleichzeitig schützte er damit das Haus, das abgerissen werden sollte. Nun aber könnte es soweit sein: Es gibt Baupläne für Büros und ein Hotel. Den Bauherren kommt nun entgegen, dass Wagin damals vertraglich zugestehen musste, dass das Gemälde kein Kunstwerk sei und damit nicht geschützt ist.

Später lobte der Senat Wettbewerbe für „Kunst am Bau“ und „Farbe im Stadtbild” aus. Auch Hausbesetzer nutzten Fassaden für illegale Protestbilder und Parolen. Mit den Baulücken verschwanden viele dieser Bilder. Aber es entstehen neue Gemälde, bis heute. Und das mit gutem Grund: So haben lokale Wohnungsbaugesellschaften festgestellt, dass Häuser mit attraktiven Wandmalereien sich besser vermieten lassen.

Im vorigen Jahr sorgte ein neues Werk an der Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße für Aufregung. Norbert Martins gehörte zu denen, die das große Stück Fleisch, das ein Messer durchteilt, nicht mochten. „Ich bin erschrocken, als ich es sah“, sagt er. „Wie kann man so etwas malen?“, hat er sich gefragt. Aber bei genauerem Hinsehen entdeckte er die Umrisse Berlins und seiner Stadtteile sowie die Jahreszahlen 1961-1989. „Nur hier, an dieser Stelle, ist solch ein provokantes, verstörendes Bild möglich“, sagt er und ist inzwischen zufrieden mit dem Werk.

Der Designer, Marcus Haas, spricht vom „einschneidendsten Ereignis der Stadt“, vom Mauerbau am 13. August 1961 und der Teilung bis 1989. „Das Mural trägt diesem Schnitt durch die Stadt und den damit verbundenen Verletzungen an Leib und Seele der Berliner Rechnung.“ Architektur und Kunst bildeten eine Einheit, indem auch das Gebäude durch die Baulücke und die damit freiliegende Hauswand ebenfalls wie durchschnitten aussehe.

1. Zillestraße 98-100, inner courtyard. Künstler: Gert Neuhaus, 1979 | 2. Ritterstraße 12. Künstler: Jadore Tong, alias S.Y.R.U.S, 2014 | 3. Mehringplatz. Künstler: Shepard Fairy, 2014 | 4. Neheimer Straße 2-6. Künstler: Collin van der Sluijs and Super A, 2016 | 5. Prinzenallee/Badstraße. Künstler: Artistgruppe Graco, 2013
6. Oranienstraße/Manteuffelstraße. Künstler: ROA, 2011 | 7. Skalitzer Straße/Oranienstraße 195. Künstler: Victor Ash, 2007 | 8. Frobenstraße/Schwerinstraße. Künstler: Shepard Fairey, 2017 | 9. Bernauer Straße/Strelitzer Straße. Künstler: Marcus Haas, installed by XI-Design (Die Dixons), Size Two and Mario Mankey, 2016
10. Lützowstraße/Kluckstraße 23. Künstler: Nomad Clan, 2017 | 11. Alvenslenestraße/Potsdamer Straße. Künstler: Vhils, 2011 | Buch: Norbert und Melanie Martins: „Hauswände statt Leinwände – Berliner Wandbilder“ca. 300 Farbfotos, Hardcover, 29,90 €.

Saubere Sache

Warum Russlands Autofahrer keine Umweltvorschriften fürchten

VON ALEKSANDR FEDOROV

In den sozialen Netzwerken in Deutschland kursiert ein Witz. Eine Frau sagt in einer bestimmten Situation zu ihrem Partner: „Klaus, sag´ mir irgendwas Schmutziges…“ Er haucht zur Antwort: „Volkswagen Diesel.“

Sie haben den Witz sicher verstanden. Oder etwa nicht? Dann sind Sie ein russischer Leser. Wenn Sie Deutsche(r) sind, können Sie den folgenden Absatz überspringen. Er enthält nichts Neues für Sie.

Vor fast zwei Jahren stand der weltweit größte Automobilkonzern im Mittelpunkt eines kolossalen Skandals. Alles begann damit, dass die US-amerikanische Umweltschutzbehörde Betrugsmanöver bei den Dieselmotoren vieler Volkswagen-Modelle aufdeckte. Dank einer speziellen Software lieferten die Motoren dieser Fahrzeuge auf dem Prüfstand Abgas- und Leistungswerte, die den behaupteten entsprachen und nahezu ideal waren; auf der Straße lagen allerdings die Abgaswerte weit über den auf dem amerikanischen Markt zulässigen Normen.

Die Ergebnisse der ökologischen und technischen Untersuchungen sowie der nachfolgende Wirbel in der Presse kosteten einige Top-Manager des Automobilkonzerns ihren Posten, brachten Ermittlungsverfahren in Gang, der Verkauf neuer und gebrauchter Modelle stockte, und die US-Behörden erwirkten eine Welle von Geldstrafen in Milliardenhöhe.

Kommen wir jedoch zum Jahr 2017 zurück. Wenn Sie Deutsche(r) sind, haben Sie vermutlich tief in ihrer Seele mit den genialen einheimischen Ingenieuren Mitleid empfunden, die ihr Talent für so unschöne Dinge genutzt haben. Sicherlich haben Rudolf Diesel, Gottlieb Daimler, Carl Benz, Wilhelm Maybach, Ferdinand Porsche und ihresgleichen an Derartiges nicht im Traum gedacht.

Wenn sie jedoch ein russischer Leser sind, so wissen Sie sicherlich, dass die ganze Geschichte mit den Umweltnormen, Entlassungen und Geldstrafen, die im Westen lauthals als „Diesel-Gate“ bezeichnet wird, in Russland still und leise an den meisten Autobesitzern vorbeigegangen ist. Selbst jenen, die davon etwas mitbekommen haben, war das Martyrium der amerikanischen Verbraucher zutiefst egal.

„Was soll’s“, meinten sie, „ein Golf oder Passat hat hunderte Gramm mehr an Abgasen auf die Straße gepustet, als im Gesetz des Staates Kalifornien festgeschrieben ist? Wissen die in ihrem Kalifornien denn nicht, was ein 20 Jahre alter Ikarus ist, ein Bus aus Ungarn? Selbst einen russischen Kamaz haben sie nur im Fernsehen auf dem Podest bei der Rallye Dakar gesehen, als die Siegerfahrer sich gegenseitig mit Champagner nassgespritzt haben.“

Ein russischer Autobesitzer, besonders wenn er älter als 30 Jahre ist, hat im Umweltgedächtnis viele krasse Bilder gespeichert.

Vor allem wenn dieses Gedächtnis jeden Tag wieder aufgefrischt wird, weil die Leute aus dem neben einem fahrenden Fahrzeug, heute wie vor 20 oder 50 Jahren, ihren Restmüll, sprich: ihre Kippen, auf die Fahrbahn entsorgen. Nur jetzt sind es nicht mehr die Pappreste der einheimischen „Belomor“, sondern die neumodischen „Slime“, die einen von den Tabakexperten aus dem sonnigen Virginia erfundenen Azetatfilter haben, der sich praktisch über Jahrhunderte nicht abbaut.

CRISTIANO BARNI / EIDON

Nicht kompatibel mit den kalifornischen Abgasgesetzen: ein Kamaz bei der letzten Ralley Dakar.

Die Leute erinnern sich noch gut an die Lastwagen, die gleichsam wie aus der Hölle kamen, die erst seit einigen Jahren die Innenstädte nicht mehr befahren und tagsüber die Fernverkehrsstraßen nicht benutzen dürfen; verschwunden sind sie aber ganz und gar nicht, sondern sie verpesten nun nachts die Luft und zerfurchen die Asphaltdecke.

Diejenigen, die etwas älter sind und Straßen, Landstraßen und Feldwege unserer unermesslich großen Heimat befahren konnten, wissen aus eigener Erfahrung, dass für die russische Straße des 20. Jahrhundert folgendes Bild zum Symbol geworden ist: „Ein Fernfahrer taut mit einer Lötlampe den eingefrorenen Motor auf.“

Bei einem solchen Autofahrer hat der Leidensbericht der Umweltschützer aus Kalifornien kein Ohr gefunden. Er weiß auch nicht viel von der europäischen Norm Euro 6. Aber er weiß, dass es auch Winter-Dieselkraftstoff gibt; allerdings nur in der Theorie, und sicher nicht an der Tankstelle, an der er seinen Tank befüllt hat.

Von der Umwelt und der Einstellung dazu legen auch unsere Straßenränder ein beredtes Zeugnis ab. Besonders deutlich wird der Unterschied im Nordwesten unseres Landes in der Umgebung der Grenzübergänge, an der Grenze zu Finnland und Norwegen. Auf unserer Seite sind die Straßenränder viel mehr vermüllt.

Letztendlich wird kaum ein russischer Autofahrer verstehen, weshalb sich die amerikanischen Regulierungsbehörden das alleinige Recht anmaßen, ihn und alle anderen mit einer Geldstrafe zu belegen. „Wofür!?“ würden sie verwundert fragen. Denn von einem gebrauchten oder gar neuen deutschen Auto träumen nach wie vor Millionen von Russen.

„Weswegen sollten diese sicheren und schnellen Autos verboten werden?“, fragen sie. Die Antwort: „Auf diese Weise räumen die Amerikaner ihren Markt für die eigenen Autos frei.“

Ende Juli hat der Volkswagen-Konzern die Verkaufszahlen für das erste Halbjahr 2017 bekanntgegeben. Das Ergebnis weltweit kann man bescheiden nennen: ein Plus von 0,8 Prozent. Aber vergessen Sie nicht, welchen moralischen Knockout die deutsche Automobilindustrie noch vor einem Jahr erhielt. Dagegen sind in Russland, wie übrigens in ganz Zentral- und Osteuropa, die Verkaufszahlen für diese Marke gestiegen. Um fast zehn Prozent! So sieht ein sauberes Ergebnis aus.

Aleksandr Fedorov ist Automobil-Kolumnist von Kommersant.

Sicherheit –
egal was kommt.
Oder wer.

Geborgenheit ist die Gewissheit, gut geschützt zu sein. Vor Wind und Wetter, aber auch vor ungebetenen Gästen und Einbrechern. Schüco Schiebesysteme schließen Gefahren einfach aus. Da können Sie sicher sein.
www.schueco.de/sicherheit

Fenster. Türen. Fassaden.

SCHÜCO